

Berichte



2008

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

2

Deutsches Institut für Urbanistik

| | | | |
|----|--|----|---|
| | Standpunkt | | Neue Projekte |
| 2 | Klimaschutz – eine neue Leitlinie der Stadtentwicklungspolitik? | 16 | Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen |
| | Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen | 16 | Kooperationsformen im Bereich „Frühe Hilfen“ |
| 4 | Kommunale Investitionen von mehr als 704 Milliarden Euro notwendig | 17 | Die nächste Stufe der Verwaltungsmodernisierung |
| 6 | Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung | | Veranstaltungen |
| 8 | Clusterinitiativen und Netzwerke: Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung | 18 | Fachkongress in Leipzig: Biodiversität, Klima und Demographie |
| 10 | Personalbemessung und Qualitätsstandards – ein Schlüssel zur Qualitätssicherung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) | 19 | Exklusiv für Difu-Zuwender |
| 11 | 2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz. Was kommt auf die Kommunen zu? | 20 | Neu im Difu-Internet |
| 12 | Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven | 20 | Difu-aktiv |
| 14 | Jahresgutachten Mobilfunk 2007 erschienen | 21 | Difu-intern: Abschied nehmen |
| 15 | Informationen zur modernen Stadtgeschichte: Industriekultur in den Städten: | 22 | Mediennachlese |
| | | 23 | Impressum |
| | | 24 | Bestellschein |

Klimaschutz – eine neue Leitlinie der Stadtentwicklungspolitik?



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Das Thema des globalen Klimaschutzes und der Bewältigung potenzieller Folgen eines globalen Klimawandels hat zu Recht „Konjunktur“. Solche Themen laufen jedoch Gefahr, dass die Fokussierung zu einseitig erfolgt, Lösungswege aktivistisch konzipiert, weniger abgewogen und integriert umgesetzt, potenzielle Nebenwirkungen nur unzureichend bedacht werden.

Auch auf kommunaler Ebene ist Klimaschutz mit hohem Handlungsdruck, mit Handlungsunsicherheiten und vor allem mit großer Komplexität verbunden. Das Erfordernis einer integrierenden Behandlung wird deutlich, wenn potenzielle Handlungsmöglichkeiten aufgelistet werden: Energieeinsparung, Energieerzeugungsart, Bauformen, Raum- und Siedlungsstrukturen und daraus resultierende Mobilitäts- und Transporterfordernisse.

Die Klimaveränderung erscheint kaum umkehrbar. Eine kontinuierliche Verstärkung ist zu erwarten. Die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2°C bis 2010 ist ein anspruchsvolles Ziel und kann nur durch ambitionierte Klimaschutzstrategien erreicht werden. Auf europäischer Ebene wird eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bei Steigerung des Anteils regenerativer Energien auf 20 Prozent angestrebt. Die deutschen Ziele liegen darüber.

Die häufig verkürzt als „Klimaschutz“ betitelt Problemstellung hat allerdings zwei Gesichter:

- Klimaschutz als Begrenzung von Klimaveränderungen durch Einflussnahme auf den Energieverbrauch und den Einsatz von Energieformen (z. B. Ersatz fossiler Energieträger durch regenerative Energien; „Vermeidungsstrategien“/„Mitigation“),
- Bewältigung potenzieller Klimafolgen und der lokalen/regionalen Auswirkungen („Anpassungsstrategien“/„Adaption“) hinsichtlich der Zunahme von Extremwetterereignissen (Starkniederschläge, Hitze/Trockenheit, Windgeschwindigkeiten/Stürme...).

Der Klimaschutz im Sinne der Begrenzung klimarelevanter Emissionen hat zwar auch lokale Implikationen, aber vor allem globale Auswirkungen. Eine Akzeptanz entsprechender Maßnahmen, damit verbundener Nutzungseinschränkungen oder Kostenbelastungen ist daher wegen begrenzter Einsicht nur schwer herzustellen. Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten sind dennoch schrittweise und konsequent umzusetzen, um den Energieverbrauch von Industrie, Gebäuden und des Verkehrs zu reduzieren oder einen Einsatz von regenerativen bzw. CO₂-reduzierten Energieträgern zu fördern. Handlungsbereitschaft kann durch Angebote effizienter technischer Lösungen, durch ökonomische Anreize (z.B. Energiepreise, Vergabe von CO₂-Emissionszertifikaten) und durch Information/Beratung beeinflusst werden.

Das Erfordernis der Bewältigung von Klimafolgen im lokalen Maßstab („Anpassung“) ist wegen der potenziellen individuellen Betroffenheit von „Leib und Leben“ oder von – auch privatem – Sachvermögen mit einer größeren Handlungsbereitschaft verbunden. Dieses Erfordernis ist auch gekennzeichnet durch geringere Kenntnisse oder eine begrenzte handlungsleitende Wahrnehmung der lokalen Ausprägungen der Klimafolgen und der geeigneten Maßnahmen und Handlungskonzepte. Ebenso fehlen bisher exakte Kenntnisse über Kosten von Vermeidungs- und vor allem von Anpassungsstrategien, die auf die einzelnen Kommunen direkt übertragbar wären. Ein „Strategiemix“ aus Vermeidungs- und Anpassungsstrategien erscheint zielführend und unverzichtbar.

Die Rolle der Städte im Klimaschutz

Nicht nur hinsichtlich der Reduktion klimarelevanter Emissionen auf der einen und der Bewältigung von potenziellen Klimafolgen auf der anderen Seite ist die Rolle der Städte „janusköpfig“, auch hinsichtlich der siedlungsstrukturellen Spezifika. Dichte und Massierung von Funktionen und Bebauung auf der einen Seite bedeuten einen geringeren spezifischen Energieverbrauch. Ihre Reduktion legt daher eine Förderung städtischer Siedlungs- und Nutzungsformen nahe. Hierzu stellen Städte bzw. Siedlungen der „kurzen Wege“ eine wirksame Grundstruktur dar – beispielsweise auch durch Wiedernutzung von Brachflächen, allerdings unter abgewogener Beachtung stadtklimatischer Anforderungen (Kaltluftentstehung, Rückhaltung von Niederschlägen, Durchlüftung).

Auf der anderen Seite können (verdichtete) Städte eine besondere Betroffenheit durch Klimafolgen und deren Folgewirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen, Sachvermögen sowie Betriebsfähigkeit von Infrastrukturnetzen aufweisen. Erhöhungen mittlerer Tagestemperaturen oder häufige Hitzewellen stellen erhebliche gesundheitliche Belastungen für Menschen sogar mit potenzieller Todesfolge dar. Die nächtliche Wärmespeicherung durch Baumassen beeinträchtigt notwendige physische und in der Folge auch psychische Entlastungszustände. Infrastrukturnetze – insbesondere der Entsorgung – werden bei Starkregenereignissen überlastet, Rückhalte- und Staumöglichkeiten unter- und oberirdischer Art fehlen ebenso wie natürliche Retentionsräume. Die Verletzlichkeit von Netzinfrastrukturen der Entwässerung, aber auch der Versorgung und des Verkehrs wird zu einer Achillesferse der Funktionsfähigkeit von Städten: Folgen von Überschwemmungen, von ungewohnten Schneeniederschlägen etc. können Städte lahm legen. Für Städte bedeutet dies ein besonderes Erfordernis,

- anhand von Maßnahmen zur Begrenzung potenzieller Folgewirkungen des Klimawandels durch Reduktion klimarelevanter Emissionen beizutragen,
- potenzielle Folgewirkungen eines Klimawandels in der Stadt/Region nach Wahrscheinlichkeit und Auswirkungen einzustufen und daraus Dringlichkeiten für Bewältigungsmaßnahmen abzuleiten,
- Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Folgewirkungen bei Stadtentwicklung und Stadtumbau zu konzipieren, umzusetzen oder zumindest als Option zu erhalten.

Die Rolle der Kommunen ist also zentral, deren Ausfüllung allerdings bisher noch nicht hinreichend. Hierzu bedarf es vielmehr:

- global der Vereinbarung von Reduktionszielen der Emissionen, der Instrumentalisierung von Zertifikats- und Handelssystemen für Emissionen,
- auf europäischer und nationaler Ebene klarer, verlässlicher und kalkulierbarer rechtlicher und technischer Vorgaben,
- auf europäischer und nationaler Ebene entsprechender Anstrengungen der Forschung und Entwicklung sowie finanzieller Anreize und Förderstrategien.

Die Aufgabenbewältigung durch die Kommunen kann in den Anforderungen aus „Vermeidungs-“ und „Anpassungsstrategien“ durchaus widersprüchlich sein. So trägt hohe bauliche Dichte zwar zur Vermeidung bzw. Reduktion von klimarelevanten Emissionen bei, bedeutet aber durch die Massierung von Menschen, Bebauung und Sachvermögen gleichzeitig hohe Schadensfolgen durch extreme Witterungsereignisse und weist geringere „Anpassungs“-Potenziale auf. Hingegen könnte eine Schaffung von Grünzonen als Kaltluftinseln, Speicher-/Rückhaltungsmöglichkeiten für Niederschläge dienen. „Anpassungslösungen“ sind jedoch technisch oft aufwendig und kostspielig sowie meist kaum kurz- oder mittelfristig umzusetzen.

Handlungsprinzipien

Kommunaler Klimaschutz und kommunale Bewältigung von Klimafolgen setzt voraus, dass durchaus bewährte Handlungsprinzipien einen konsequenteren und abgewogenen Einsatz erfahren:

- vorausschauende Betrachtung über kurz-, mittel- und langfristige Zeithorizonte,
- vorbeugende Handlungsansätze,
- integrierte Handlungskonzepte für Siedlung, Hochbau, Verkehr, Energieerzeugung, Freiräume – unter Beachtung von Maßnahmen in Bau, Betrieb/Management, aber auch Organisation, ökonomischen Anreizen sowie Information und Beratung,
- möglichst Einbindung in regionale Konzepte der Siedlung, des Verkehrs, der Ver- und Entsorgung, aber auch der Bewältigung von Klimafolgen,
- abgestimmte und kooperative Prozesse,
- Gewährleistung von Systemredundanzen und Reduktion von Verletzlichkeiten der Siedlungs-, Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrssysteme,

- Sicherung von Anpassungsfähigkeit und Kompensationsfähigkeiten.

Dies muss mit Hilfe von bilanzierenden Wirkungs- und Verträglichkeitsanalysen geprüft und vorbereitet werden. Qualifizierte Betrachtungen bzw. Lösungen müssen integriert und querschnittsorientiert zusammengeführt werden. Sektorale, räumlich horizontale und vertikale Integration der Handlungsansätze ist ebenso notwendiges Grundprinzip wie eine Integration von Vermeidung und Anpassung.

Es ergeben sich unmittelbar Folgen auf strategische, konzeptionelle und operative Planungen, die Prüfung der „Klimaverträglichkeit“ – sowohl als Klimaschutz als auch als Bewältigung von Folgen der Klimaveränderung – zu Grunde legen müssen. Ein Management der Folgen von Extremwetterereignissen erscheint langfristig erforderlich.

Fazit

Das Thema Klimaschutz und Bewältigung von Klimafolgen wird die Aufgaben der Stadtentwicklung künftig zunehmend bestimmen. Auch wenn Handlungsbedarf zur Begrenzung der Zunahme von Klimaveränderungen und zur Vorbereitung von Strategien, Handlungskonzepten und Maßnahmen zur Bewältigung von Klimafolgen dringlich ist: aktionistische Vorgehensweisen sind weder zielführend noch frei von unerwünschten Nebenwirkungen. Zur Vermeidung sind Handlungsprinzipien zu verfolgen, die charakteristisch sind für eine nachhaltige Stadt-, Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung. Handlungsmöglichkeiten sind gegeben und bekannt, aber dennoch verbesserungsbedürftig und abgestimmt auszuschöpfen.

Notwendige Voraussetzung für eine Wirksamkeit ist auch die Bewusstseinsförderung und Akzeptanz in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft. Daher sind geeignete Prozess-, Arbeits- und Prüfstrukturen einzusetzen.

Der Einsatz von Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen hat vor allem räumliche Auswirkungen, also auf Raumordnung, Siedlungsstrukturen und Städtebau wie auch auf technische Infrastruktursysteme. Räumliche Planung hat dabei die Aufgabe der Abwägung und eine zentrale Steuerungs- und Koordinierungsfunktion. Dabei bedarf es eines Einsatzes formeller und informeller Instrumente (Stadtentwicklung, Stadt(nutzungs)management, Bau und Betrieb/Management von Infrastrukturnetzen und -anlagen).

Klimawandel kann auch Entwicklungschancen eröffnen. Aufgaben sind nicht defensiv, sondern offensiv anzugehen. Vor allem geht es darum, neue planerische Strategien zu entwickeln, vorhandene zu stärken, die städtischen Siedlungs- und Infrastruktursysteme weniger verletzlich machen und bei Extremwetterereignissen ausreichende Redundanzen aufzuweisen und damit die Funktionstüchtigkeit sichern. Dies setzt voraus, dass die Anpassungsfähigkeit städtischer Systeme an die veränderten Anforderungen vermehrt gefördert wird. Damit ergibt sich eine schrittweise Möglichkeit zur Verbesserung der „Klimabeständigkeit“ der Städte – auch wenn es ein Handeln mit Unsicherheit bedeutet.

Tipps zum Weiterlesen

- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): Climate Change 2007 – The Physical-Science Basis. Contribution of Working Group 1 to the Fourth Assessment Report of Intergovernmental Panel on Climate Change. 10th Session of WG I of the IPCC.
- Stern, Nicolas (2007): The economics of climate change: The Stern review, Cambridge Chronicles.
- Europäische Kommission (2008): City Instruments. Monitoring, Evaluating and Transferring Instruments to address Climate Change in Metropolitan Regions. <http://www.city-instruments.eu>.
- Kemfert, Claudia (2007): Klimawandel kostet die deutsche Volkswirtschaft Milliarden: DIW-Wochenbericht 11/2007, Berlin.
- Deutscher Städtetag (2007): Positionspapier – Klimaschutz in den Städten, Köln.

Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
 Telefon: 030/39001-214
 E-Mail: beckmann@difu.de

Kommunale Investitionen von mehr als 704 Milliarden Euro notwendig

Difu-Studie zeigt größten Bedarf bei Straßenbau, Schulen und kommunaler Abwasserbeseitigung



Straßen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Schulen – die Kommunen verfügen über einen großen Infrastrukturbestand, dessen guter Zustand wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Bürger, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität ist. Für die kommunale Infrastruktur sind Städte, Gemeinden und Landkreise verantwortlich; sie müssen sie erhalten und fehlende Strukturen ergänzen. Werden Unterhalt und Erneuerung der Infrastruktur vernachlässigt, so führt dies langfristig nicht nur zu höheren Kosten sowie zum Rückgang von Wachstum und Produktivität. Auch die Nutzer kommunaler Infrastruktur könnten gefährdet, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden – beispielsweise im Gesundheitsbereich oder in Schulen – und schließlich sind auch negative Umweltfolgen möglich.

Seit 1992 war die kommunale Investitionstätigkeit der Kommunen nahezu kontinuierlich rückläufig, erst seit kurzem steigt sie

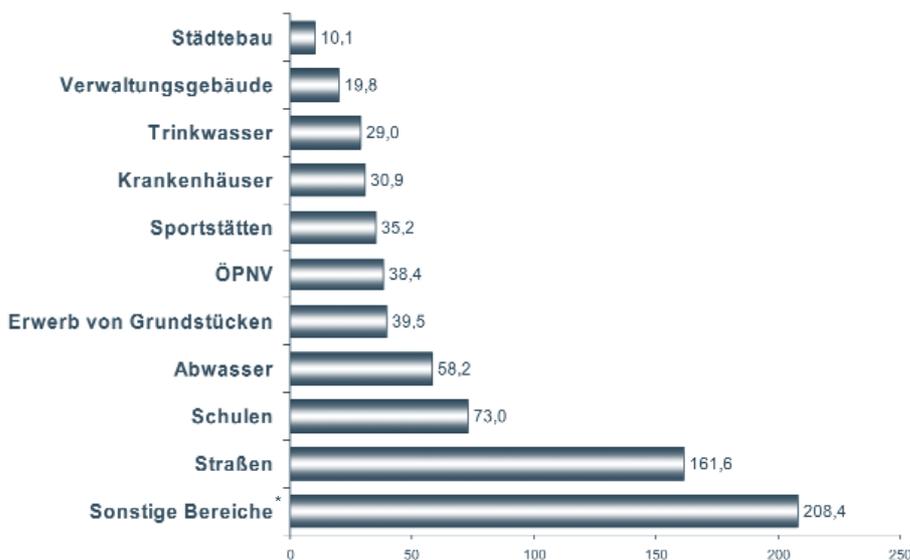
wieder leicht an. In verschiedenen Bereichen ist jedoch noch ein Investitionsrückstand festzustellen. Wie hoch dieser ist und welche Investitionsausgaben künftig notwendig sein werden, ermittelte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einer Studie zum kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020, die im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. und dem Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. gefördert wurde.

Schätzungen wurden für eine Reihe kommunaler Infrastrukturbereiche (siehe Abbildung 1) getrennt vorgenommen, wobei nach neuen und alten Bundesländern unterschieden wurde. Für die Jahre 2006 bis 2020 wurde insgesamt ein kommunaler Investitionsbedarf von 704 Mrd. Euro ermittelt (pro Kopf sind das in den alten Bundesländern 8.309 Euro; in den neuen Bundesländern und Berlin 9.439 Euro). Dies entspricht jährlichen Investitionen in Höhe von etwa 47 Mrd. Euro. Im Vergleich: 2005 wurde ein Investitionsvolumen von rund 40 Mrd. Euro erreicht.

Die größte Bedarfskategorie ist mit 59 Prozent der Ersatzbedarf für altersbedingt abgängige Infrastruktur. Der Erweiterungsbedarf entspricht einem Anteil von 31 Prozent, und der Nachholbedarf macht zehn Prozent des Investitionsbedarfs aus. Die Investitionen werden jeweils etwa zur Hälfte durch die Kommunen selbst und durch die kommunalen Unternehmen aufgebracht. Mit Investitionen auf dem Niveau des Jahres 2005 könnte künftig zumindest der jährliche Erweiterungs- und Ersatzbedarf weitgehend abgedeckt werden und der Investitionsrückstand würde nur noch wenig zunehmen.

Insgesamt wird deutlich, dass im Vergleich der einzelnen untersuchten Infrastrukturbereiche der größte Investitionsbedarf bis 2020 im Straßenbau (162 Mrd. Euro), bei den Schulen (73 Mrd. Euro) und den kommunalen Abwasseranlagen (58 Mrd. Euro) besteht (siehe Abbildung 1).

Anteil der einzelnen Schätzbereiche am kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland in Prozent



* In der Position „Sonstige Bereiche“, die nur pauschal geschätzt wurde, sind u.a. der Investitionsbedarf für die Bereiche Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Kindertageseinrichtungen, Feuerwehr sowie Kultur enthalten.

Der Schwerpunkt des Investitionsbedarfs im Bereich des Straßenbaus liegt mit 71 Mrd. Euro beim Ersatzbedarf für vorhandene Straßen, Brücken und Tunnelanlagen. Der Erweiterungsbedarf im Straßenbau (24 Mrd. Euro) konzentriert sich weitgehend auf Erschließungsmaßnahmen. Nur vereinzelt gibt es noch Bedarf an neuen kommunalen Hauptverkehrsstraßen. Nachholbedarf besteht vor allem in der Umgestaltung von Kommunalstraßen (31 Mrd. Euro) mit einem Schwerpunkt in den neuen Bundesländern. Neben dem unmittelbaren Bau von Straßen werden für Einrichtungen, die dem Geh- und Fahrradverkehr dienen, für Verkehrsinformations- und Steuerungssysteme, Lärmschutzeinrichtungen und Parkieranlagen zusammen 36 Mrd. Euro veranschlagt.

Im Bereich der kommunalen Schulen besteht der größte Investitionsbedarf mit etwa 48 Prozent bei den Erweiterungsmaßnahmen. Grundlage dafür ist jedoch nicht die Entwicklung der Schülerzahlen im Betrachtungszeitraum. Ausgelöst wird der Investitionsbedarf vielmehr durch sich ändernde räumliche und technische Anforderungen an Schulgebäude. Beispielsweise betrifft etwa ein Fünftel des Erweiterungsbedarfs die Erweiterung der Ausrüstung von Schulgebäuden.

Den Schwerpunkt des Investitionsbedarfs der kommunalen Abwasserbeseitigung bilden mit Abstand die Ersatzinvestitionen in Höhe von knapp 44 Mrd. Euro. Davon entfallen etwa die Hälfte auf Maßnahmen im Bereich des Kanalnetzes und jeweils ein Viertel auf den baulichen Teil der Kläranlagen sowie den Teil der Maschinen- und Elektrotechnik.

Klar erkennbar wird der immer noch vorhandene Nachholbedarf in den neuen Bundesländern. Dort ergeben sich in den differenziert geschätzten Bereichen insgesamt 24 Prozent des Bedarfs aus dem Investitionsrückstand. In den alten Bundesländern entspricht dieser Anteil nur sechs Prozent. Der größte Nachholbedarf besteht bei den kommunalen Straßen mit 19,8 Mrd. Euro in den neuen Bundesländern (entspricht 46 Prozent des Bedarfs im Bereich Straßen) und 11,1 Mrd. Euro in den alten Bundesländern (entspricht dort neun Prozent des Bedarfs).

Während der Anteil der Ersatzinvestitionen in den alten Bundesländern fast zwei Drittel des Investitionsbedarfs ausmacht (63 Prozent; ohne Sonstige Bereiche und Erwerb von Grundvermögen), beträgt deren Anteil in den neuen Bundesländern nur 47 Prozent. Eine Ursache dafür ist in den umfangreichen

Investitionen nach der Wiedervereinigung zu sehen. Die langlebigen Anlagegüter wie Abwassernetze und ähnliches befinden sich noch am Beginn ihrer Nutzungszeit.

Der Erweiterungsbedarf ist in den Bereichen Abwasser, Schulen und Straßen von besonderer Bedeutung. Bei der Abwasserbeseitigung ergibt sich dies in erster Linie aus der noch andauernden Erhöhung des Anschlussgrads in den neuen Bundesländern. Der Erweiterungsbedarf beträgt dort 5,1 Mrd. Euro. Der Erweiterungsbedarf im Schulbereich beläuft sich in den alten Bundesländern auf 30,0 Mrd. Euro und in den neuen Bundesländern auf 4,8 Mrd. Euro. Der Bedarf ergibt sich dabei insbesondere aus Maßnahmen zur energetischen Sanierung, den Erweiterungen aufgrund veränderter Schulkonzepte („G8“) sowie aus dem hohen Anteil an Informationstechnologie-Ausrüstung. Der Erweiterungsbedarf bei den kommunalen Straßen resultiert mit 43,8 Mrd. Euro in den alten und 12,4 Mrd. Euro in den neuen Bundesländern insbesondere aus dem Ausbau des Straßennetzes im Zusammenhang mit der anhaltenden privaten und gewerblichen Neubautätigkeit.

Angesichts des anhaltend hohen kommunalen Investitionsbedarfs stellt sich für die Kommunen die Frage, wie sie diesen Bedarf in den kommenden Jahren decken könnten. In der Difu-Studie wurde hierzu ein Szenario entwickelt, in dem der Investitionsrückstand nicht gleichmäßig verteilt bis zum Jahr 2020 abgetragen wird, sondern die Investitionsanstrengungen in einer konzertierten Aktion in den Jahren 2009 bis 2015 forciert werden. Die durch strategisches Investitionsmanagement, den Einsatz intelligenter Finanzierungsinstrumente und PPP-Projekte erreichbaren positiven Effekte würden ab 2012 stärker greifen. Diese könnten dann weit über das Jahr 2020 hinaus eine nachhaltige Wirkung erzeugen. Unterstützt durch entsprechende politische Rahmenbedingungen und Prioritäten wäre so die Deckung des kommunalen Investitionsbedarfs bis 2020 machbar.

Die komplette Difu-Studie (von Michael Reidenbach u.a.) mit einer Vielzahl von Einzeldaten und weiterführenden Informationen ist in der Reihe „Edition Difu“ erschienen: www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Edition+Difu.

Weitere Informationen:

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Der große Umbruch

Deutsche Städte und Globalisierung

Globalisierung ist ein Prozess, der auf eine lange Geschichte zurückblickt. Nach einer längeren, durch die beiden Weltkriege und ihre Folgen bedingten Zäsur ist dieser Prozess ab den 1970er Jahren in eine neue Phase eingetreten. Maßgebliche Triebkräfte und Merkmale dieser Entwicklung sind: Die Krise der als Fordismus bezeichneten Formation der kapitalistischen Wirtschaftsweise; die zur Bekämpfung dieser Krise eingesetzten, der Erschließung neuer Räume, Märkte und Profitquellen dienenden und auf den Prinzipien des Neoliberalismus basierenden Strategien der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, weitreichende ab den späten 1980er Jahren einsetzende geopolitische Veränderungen, in deren Folge die bevölkerungsreichsten Staaten der Welt – China und Indien – zu einflussreichen Weltmarktteilnehmern wurden sowie ein umfassender technologischer Innovationsschub, der diese Entwicklungen und „Entgrenzungen“ ermöglichte und beschleunigte.

Wie nun wirken sich der aktuelle Globalisierungsprozess und seine Triebkräfte (unter Berücksichtigung der Politiken von EU und Bundesregierung und ihrer vermittelnden wie auch beschleunigenden Funktion) auf deutsche Städte und ihre Strukturen aus? Mit welchen Strategien und Maßnahmen begegnen diese den neuen Herausforderungen? Wo stoßen sie im Kontext eines zunehmend komplexer werdenden politischen Mehr-Ebenen-Systems auf deutliche Grenzen? Zur Beantwortung dieser Fragen wurden zum einen mehr als 50 Gespräche mit maßgeblichen kommunalen und supra-kommunalen Entscheidungsträgern sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geführt und zum anderen eine Vielzahl thematisch relevanter Materialien ausgewertet: einschlägige Veröffentlichungen und Studien, graue Literatur von Städten und Verbänden und nicht zuletzt (zur Untermauerung aktueller Entwicklungstrends) eine große Zahl von Beiträgen aus (Fach-)Zeitschriften sowie Wochen- und überregionalen Tageszeitungen.

Der aktuelle Globalisierungsprozess – dies zählt zu den zentralen Ergebnissen der Studie – bedeutet eine tief greifende Transformation kommunaler Strukturen und Handlungsfelder. Dies gilt vor allem für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, infolge vielfältiger struk-

tureller Verknüpfungen aber auch für demographische und soziale Verhältnisse, Stadtgestalt und räumliches Gefüge und nicht zuletzt die politisch-administrative Organisation von Kommunen. Betroffen von diesen Veränderungen sind alle Städte und Gemeinden: positiv wie negativ, mittel- wie unmittelbar, infolge der besonderen Bedingungen des Einzelfalles unterschiedlich in Intensität, Ausmaß und Zeit. Maßgebliche Merkmale des Veränderungsschubes sind:

- ein umfassender Strukturwandel der Wirtschaft und ihrer Unternehmen (mit sektoralen Einbrüchen und Verschiebungen, Umbau und Internationalisierung von Produktions- und Unternehmensstrukturen, Veränderung von Finanzierungsstrukturen und Unternehmenszielen),
- ein Umbruch des Arbeitsmarktes (mit einer Erosion der an gesicherter Vollzeitbeschäftigung orientierten Normalarbeitsverhältnisse, der Zunahme neuer, vielfach nur temporärer, den Erfordernissen des Marktes entsprechender und häufig prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie einer deutlichen Einkommenspolarisierung),
- sich ändernde, mit der Transformation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie geopolitischen Umbrüchen einhergehende demographische Strukturen (mit einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und ethnischer Zugehörigkeit bei insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahlen) wie auch einer zunehmenden, durch steigende Armutszahlen gekennzeichneten Spaltung der (Stadt-) Gesellschaft in Gewinner und Verlierer,
- eine Zunahme groß- und kleinräumiger Disparitäten (mit Wachstumsregionen und attraktiven Stadtquartieren auf der einen Seite, Räumen der De-Ökonomisierung und Schrumpfung sowie Armutsquartieren auf der anderen Seite),
- eine sukzessive Erosion der kommunalen Selbstverwaltung und ihrer Strukturen (als Folge von externem Veränderungsdruck, Haushaltsengpässen und internen Modernisierungsstrategien).

Städte und Gemeinden begegnen den aktuellen Herausforderungen und Veränderungen mit einer Vielzahl von Aktivitäten, deren Schwerpunkte und Gestalt von den Strukturen, Handlungsmöglichkeiten und Akteurskonstellationen des Einzelfalles abhängen.

Die Stadtpolitik als Antwort auf die mittel- und unmittelbaren Auswirkungen des aktuellen Globalisierungsprozesses gibt es nicht. Ungeachtet aller Unterschiede haben sich dennoch eine Reihe, sich von früheren Zeiten deutlich unterscheidender gemeinsamer strategischer Handlungsschwerpunkte herausgebildet. Diese umfassen:

- eine fortschreitende Internationalisierung kommunalen Handelns (mit einer Zunahme grenzüberschreitender Netzwerke, Partnerschaften, Veranstaltungen und High-Level-Kontakten),
- veränderte wirtschaftsstrukturelle Schwerpunktsetzungen (besondere Bedeutung wird hier dem in vielfältiger Weise mit den zentralen deutschen Exportindustrien vernetzten Feld der Hochtechnologien, der Logistikbranche und dem Tourismussektor beigemessen),
- ein breites, durch eine zunehmende Dualisierung gekennzeichnetes Politik-Spektrum: wettbewerbsorientierte Standortpolitiken einerseits (zur Steigerung kommunaler Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf externe Akteure wie Investoren, zukunftsorientierte Unternehmen, hoch qualifizierte Arbeitskräfte sowie Touristen), bewohnerorientierte Innenpolitiken andererseits (von Maßnahmen der Beschäftigungs- und Wohnungspolitik bis zu Aktivitäten der Bildungs- und Integrationspolitik) sowie
- eine Öffnung kommunaler Strukturen, Aufgaben und Einrichtungen für den Privatsektor, seine Prinzipien und Akteure (von der betriebswirtschaftlich orientierten Modernisierung von Verwaltungsstrukturen bis zur Privatisierung kommunaler Leistungen und Unternehmen).

Die Ergebnisse der vielfältigen Aktivitäten, mit denen Städte und Gemeinden auf die Herausforderungen des aktuellen Globalisierungsprozesses reagieren, sind ambivalent:

- auf der einen Seite stehen attraktive Standorte für das breite Feld der Zukunftstechnologien, vielfältige Wohn-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote (vor allem für hoch qualifizierte Beschäftigte), ausgefallene (städte-)bauliche Projekte, die in der Regel mit einem deutlichen kommunalen Image- und Attraktivitätsgewinn einhergehen sowie erneuerte und/oder umgebaute Stadtzentren, die als Hintergrund sich häufender Events und als Anziehungspunkte für steigende Touristen- und Besucherzahlen fungieren,
- gleichzeitig – und dies ist die andere Seite – sind soziale und ökonomische Probleme und Benachteiligungen kaum geringer ge-

worden. Der Anteil unsicherer und in der Regel schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse hat – bei gleichzeitig rückläufigen Arbeitslosenzahlen – zugenommen. Die Armutsquote ist weiter gestiegen und ungeachtet des Relevanzgewinns kommunaler Kinderfreundlichkeit zählen Kinder zu den Hauptbetroffenen von Armut. Verfestigt hat sich vielfach auch die räumliche Segregation: in nicht nur ethnisch, sondern auch durch Einkommen und soziale Situation der Bewohner voneinander abgegrenzte Quartiere.

Der ambivalente Befund macht deutlich, dass zwischen kommunalen Strategien und Maßnahmen und den Problemen und Herausforderungen, mit denen Städte konfrontiert sind, eine deutliche Lücke klafft. Zur Schließung dieser Lücke werden bloße Symptomkorrekturen und Programmmodifikationen als unzureichend erachtet. Gefordert wird eine Stärkung der kommunalen Ebene und eine Abkehr von der gegenwärtigen Erosion der kommunalen Selbstverwaltung; gefordert wird vielfach aber auch ein weitgehender Paradigmenwechsel: von der vorrangigen Wettbewerbs- und Angebotsorientierung zu einer verstärkten Berücksichtigung konkreter Bedarfe und sozialer Belange aller Stadtbewohner. Dieser Paradigmenwechsel sollte nicht allein die kommunale Ebene erfassen, sondern für alle Akteure des zunehmend komplexer werdenden politischen Mehr-Ebenen-Systems gelten, in das die Städte eingebunden sind. Ziel dieser Forderungen ist nicht eine Abkehr von der Globalisierung, sondern eine Neuorientierung des aktuellen, neoliberal geprägten Globalisierungsprozesses in Richtung einer – in den Worten von Joseph Stieglitz – „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“.

Die skizzierten Untersuchungsergebnisse werden in der neuen Difu-Studie detailliert belegt. Besonderer Raum wird dabei – nach einem einleitenden Überblick über den aktuellen Globalisierungsprozess und das sukzessive Vordringen neoliberaler Prinzipien – der globalisierungsbedingten Transformation kommunaler Strukturen und dem breiten Spektrum städtischer Reaktionen gegeben. Abgeschlossen wird die Arbeit mit einem breiten, im Wesentlichen auf den eingangs genannten Expertengesprächen basierenden Katalog von Forderungen und Empfehlungen.

„Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung“ erscheint in Kürze in der Reihe „Edition Difu“ www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Edition+Difu.

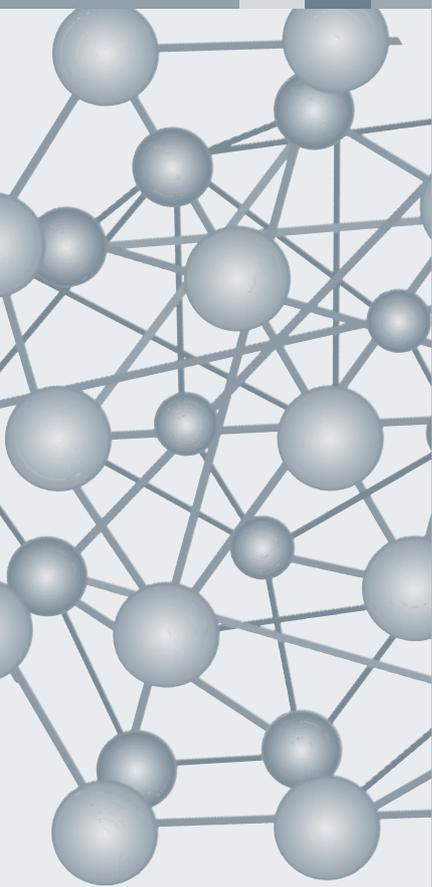


Weitere Informationen:

Dr. phil., Dipl.-Ing.
Werner Heinz
Telefon: 0221/340308-10
E-Mail: heinz@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Clusterinitiativen und Netzwerke

Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung

Der Begriff „Cluster“ ist in der kommunalen Wirtschaftspolitik zwar in aller Munde, verstanden werden darunter aber sehr unterschiedliche Strategien, Konzepte und Initiativen. Mittlerweile ist eine Vielzahl von lokalen und regionalen Clusterinitiativen und Netzwerken entwickelt worden, die sich im Ansatz, in ihren Zielen, in Finanzierung, räumlichem Zuschnitt, Kooperationsformen usw. durchaus unterscheiden. Deutlich wird aber bei allen Unterschieden auch, dass Clusterinitiativen und Netzwerke keine „Schönwetter-Veranstaltungen“ sind für Kommunen, die „sonst schon alles haben“. Sie sind häufig als Reaktion auf ökonomischen Strukturwandel, krisenhafte Entwicklungen oder Strukturbrüche entstanden. Sie knüpfen an vorhandene oder behauptete Stärken an, die (weiter)entwickelt werden sollen. Sie stellen damit eine wichtige Funktion im Rahmen der strategischen Neuaufstellung von Städten und Regionen dar. Bei der Entwicklung lokaler und regionaler Clusterinitiativen und Netzwerke steht die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung immer „im Spagat“ zwischen Unternehmensnutzen und regionalpolitischem Nutzen. Die dabei verfolgten Konzepte entwickeln sich hin zu einer fortschreitenden thematischen Spezialisierung und der Erschließung neuer Kompetenz- und Technologiefelder. Der Erfolg von Clusterinitiativen und Netzwerken hängt aber nicht nur von den Themen und Technologien ab, sondern entscheidend vom Engagement der Akteure und der Entwicklung einer vertrauensvollen Kommunikationskultur in den Clusterinitiativen und Netzwerken sowie der Lernfähigkeit von Netzwerken wie Personen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich in unterschiedlichen Zusammenhängen (Studien, Umfragen, Seminaren, Aufsätzen usw.) seit den 1990er Jahren mit der Entwicklung kompetenz- und technologiefeldorientierter Ansätze der kommunalen Wirtschaftspolitik beschäftigt. In dem jetzt in der Reihe „Edition Difu“ erscheinenden Band „Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik – Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement“ werden die unterschiedlichen Facetten der Entwicklung von Clusterinitiativen beleuchtet.

Die Beiträge des Bandes

- bilden den Status Quo kommunaler Wirtschaftsförderungsaktivitäten im Bereich der Clusterinitiativen ab,
- stellen Grundlagen der Entwicklung von Clusterstrategien und -konzepten dar,
- zeigen konzeptionelle Ansätze sowie gute Beispiele und
- erläutern die Funktionsweise von Werkzeugen für Clusterentwicklung und -management.

Das Konzept des Bandes spiegelt damit die Entwicklung in Wissenschaft und Praxis wider: Die Wissenschaft ist dabei für das eklektische Konzept der „Cluster“ ein Theoriegebäude zu entwickeln, dessen erste Bausteine bereits vorhanden sind. Die Wirtschaftsförderungspraxis kümmert sich immer stärker nicht nur um die Identifizierung und Initiierung von Cluster- und Netzwerkinitiativen, sondern auch um deren Verstetigung und Weiterentwicklung. Sie ist dabei – neben guten Beispielen – in zunehmendem Maße auch auf Instrumente zur Entwicklung und zum Management von Clusterinitiativen angewiesen. Gleichzeitig verstärkt sich die kritische Auseinandersetzung mit Clusterinitiativen als Instrument der lokalen und regionalen Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik, wenn von „policy driven cluster“ oder noch deutlicher „wishful thinking cluster“ die Rede ist.

Der Band soll einen Überblick über aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis zum Thema „Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik“ liefern und kann gleichzeitig nur Ausschnitte aus einer Vielfalt von Forschungsergebnissen und Praxiserfahrungen aufzeigen. Er umfasst neben einer thematischen Einführung eine Vielzahl von Beiträgen rund um das Thema:

- Holger Floeting und Daniel Zwicker-Schwarm (Difu) zu Clusterinitiativen und Netzwerken als Handlungsfeldern lokaler und regionaler Wirtschaftspolitik
- Christian Ketels (Harvard Business School) zur internationalen Erfahrungen der Clusterentwicklung als Element lokaler und regionaler Wirtschaftsentwicklung

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

- Matthias Kiese (Ludwig-Maximilians-Universität München) zu Clusterkonzepten zwischen Theorie und Praxis
- Utz Ingo Küpper (ehem. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund) zur Mobilisierung von Entwicklungspotenzialen über Clusterstrategien und neue Governance-Anforderungen an Städte und Netzwerke
- Ricarda Pätzold (Technische Universität Berlin) und Guido Spars (Bergische Universität Wuppertal) zum Stand und zu den Herausforderungen länderübergreifender Wirtschaftscluster
- Christian Hartmann (Joanneum Research Graz) zur Lernfähigkeit von Netzwerken und Konsequenzen für die lokale und regionale Netzwerkförderung
- Arno Brandt (Nord-LB Norddeutsche Landesbank) zu regionalen Clusterprozessen zwischen Effizienzvorteilen und Marktversagen
- Gisela Philipsenburg (Bundesministerium für Bildung und Forschung) zur Clusterförderung im Rahmen der Hightech-Strategie für Deutschland
- Stefan Wimbauer (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) zur bayerischen Clusterinitiative „Allianz Bayern Innovativ“
- Ingrid Walther (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin) zu technologieorientierten Vernetzungskonzepten am Beispiel des Berliner „Projekt Zukunft“
- Maria Franck (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, Landeshauptstadt Wiesbaden) und Manuela Wehrle (European Business School, Supply Management Institute) zu Netzwerkiniciativen im Dienstleistungsbereich am Beispiel der Kompetenznetze Consulting und Logistikwissen
- Christian Sommer (Musikpark Mannheim GmbH) zum Mannheimer Modell, einem musikwirtschaftlichen Cluster
- Björn P. Jacobsen (Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH) zu Werkzeugen für die Clusteranalyse und das Clustermanagement
- Jens Mohrmann (Virtual Dimension Center Fellbach) zu regionalen Kompetenz- und Innovationszentren im Rahmen von Clusterstrategien am Beispiel des Virtual Dimension Centers Fellbach
- Daniel Zwicker-Schwarm und Holger Floeting (Difu) zu Wissensbilanzen als Instrument des Netzwerkmanagements
- Veit Haug (Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH) zu Bausteinen der clusterbasierten Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart

Die Publikation erscheint in Kürze in der Reihe „Edition Difu“: www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Edition+Difu.

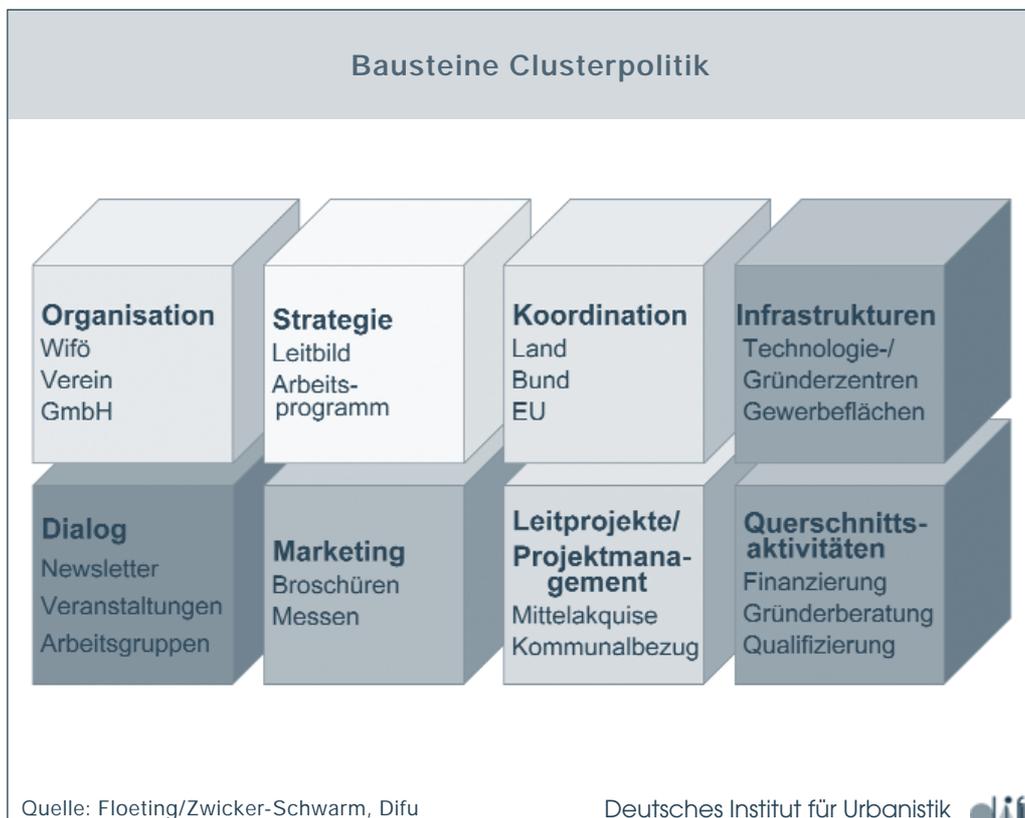




Foto: Ina Kaube

Personalbemessung und Qualitätsstandards

Ein Schlüssel zur Qualitätssicherung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

„Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsstandards des ASD“ lautete der Titel einer bundesweiten Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., zu der am 3. und 4. April 2008 zahlreiche Jugendamtsleiter und Leiter eines ASD zum Erfahrungsaustausch nach Berlin kamen.

Was war der Anlass für diese Tagung?

Seit den jüngst bekannt gewordenen Fällen von Kindesmisshandlung, -tötung oder -verwahrlosung steht die „Kinderschutz-Praxis“ der Jugendämter erneut in der öffentlichen Diskussion. Es wird die Frage gestellt, warum diese Fälle im Vorfeld nicht besser erkannt und vor allem verhindert worden sind. Zugleich steigen die Fallzahlen und Inobhutnahmen nach aktuellen Kinderschutzfällen, was eine stärkere Arbeitsbelastung des ASD im Jugendamt bei oftmals weniger Ressourcen bedeutet. Auf der einen Seite „kursiert“ in der Öffentlichkeit die Zahl von 150 Fällen pro Sozialarbeiter im ASD. Auf der anderen Seite wird gefragt, welche qualitativen Konzepte und Instrumentarien für die „vorhandenen Sozialarbeiter/innen“ im ASD verfügbar sind, ob es im Sinne einer (immer wieder neu angepassten) Fachlichkeit (unter veränderten Rahmenbedingungen) eine nachhaltige Qualifizierung der Mitarbeiter im ASD gibt und der ASD hier unter Entwicklungsdruck steht. Anliegen dieser Tagung war es deshalb, anhand verschiedener Beispiele aus der kommunalen Praxis zu diskutieren, wie einzelne Städte und Landkreise mit dieser Thematik umgehen und welche Lösungsansätze, Konzepte und Veränderungsperspektiven hierzu entwickelt worden sind. Dies betraf sowohl die Möglichkeiten von Personalbemessung im ASD anhand konkreter Berechnungsmodelle, mit deren Hilfe der Personalbedarf für ein Jugendamt ermittelt werden kann, als auch qualitative Aspekte.

Folgende Aspekte standen im Mittelpunkt der Diskussion:

- Wie viele Personalstellen braucht ein ASD zur Bewältigung seiner Aufgaben?
- Nach welchen Kriterien können und sollen Personalkapazitäten im ASD verteilt werden? Und gibt es hierfür überhaupt eine objektivierbare Basis?

- Wie kann der ASD effizienter organisiert werden? Braucht „man“ verbindliche Prozessabläufe (z.B. Eingangsmanagement, Fallmanagement), die jeder Sozialarbeiter im ASD über dem Schreibtisch hängen hat? Wie läuft die „Fallsteuerung“ überhaupt?
- Wie sieht es im ASD-Bereich mit der Professionalisierung der Mitarbeiter und dem „Handwerkszeug“ aus?

Personal als Qualitätsmerkmal (für Kinderschutz)

Die Tagung wurde von Ministerialrat Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin eröffnet. Er verwies darauf, dass die Kinder- und Jugendhilfe schon immer eine sehr personalintensive Aufgabe gewesen sei und diese Diskussion nun schon über 35 Jahre andauere. Tatsächlich sei es aber so, dass die Städte und Landkreise selbstständig darüber bestimmen, wie viele Stellen „ihr“ ASD hat. Die dramatischen Kinderschutzfälle in jüngster Zeit hätten die politische Aufmerksamkeit auf die Arbeit des ASD gelenkt und es gäbe auch verstärkt Medienanfragen zur Personalausstattung des ASD; man wolle wissen, für wie viele Fälle ein Sozialarbeiter zuständig sein solle und in der Praxis dann ist. Hierfür gäbe es aber keine einheitlichen gesetzlichen Vorgaben. Deshalb sei nun ein strategisch günstiger Zeitpunkt, dieses Thema offensiv anzugehen. Auch Untersuchungsberichte hierzu verwiesen immer wieder auf einen neuralgischen Punkt: die mangelnde Personalausstattung vieler ASDs. Ganz wichtig sei aber, keinen bloßen Kennzahlen-Vergleich verschiedener Kommunen vorzunehmen, sondern auch die fachlichen Konzepte in den Blick zu nehmen.

Der Fall 700+1

Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamtes der Stadt Leipzig, moderierte die Veranstaltung und bestätigte aus seiner eigenen Praxis, dass das Thema Kinderschutz mitten im Zentrum der politischen Diskussion stehe und dies einen erheblichen Sensibilisierungsprozess in der Fachpraxis bewirkt habe. Er stellte die Frage, wie ein Amt klug da-

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@vfk.de

mit umgehen könne, dass der Fall 700+1, in dem ein Kind zu Schaden komme, nicht die andere fachkompetente Arbeit ad absurdum führe. Anders formuliert: Welche Wirkungen kann man im eigenen Tun mit anderen Partnern und in der Öffentlichkeit erzielen? Wo liegen hier die Möglichkeiten und die Grenzen?

Die Feuerwehr ist nicht schuld am Brand, die Polizei ist nicht am Verbrechen und das Jugendamt nicht daran schuld, dass Eltern ihre Kinder vernachlässigen, – aber es werde oft dafür verantwortlich gemacht. Deshalb komme Instrumenten zur Personalbemessung – auch mit Blick auf den großen öffentlichen Druck – sowohl für den internen Organisationsprozess als auch für Verhandlungen mit politischen Entscheidungsträgern, eine neue Bedeutung zu.

Einen wichtigen Raum nahmen während der Tagung die Praxisberichte aus verschiedenen Städten ein:

Bremen:

Auf welche fachlichen Standards hat man sich verständigt?

Peter Marquard, Leiter des Amtes für Soziale Dienste Bremen, berichtete über den Diskussionsprozess zur Personalbemessung in seinem Amt in der Hansestadt Bremen.

Mannheim:

Präventive Vermeidungsstrategien gegen Überlastung im ASD entwickeln

Günter Vogt, Leiter der Verwaltung im Jugendamt der Stadt Mannheim, stellte in diesem Kontext das aktuelle präventive Projekt seiner Kommune „Gefährdungsanalyse zur Einschätzung der Belastung der Mitarbeiter im ASD“ vor.

Dortmund: Projekt – Jugendhilfedienste 2010

Bodo Weirauch, Fachbereichsleiter Erzieherische Hilfen im Jugendamt Dortmund berichtete über deutliche Hinweise der regionalen Jugendhilfedienstleitungen auf seine nicht mehr zu verantwortende ungenügende Personalausstattung der Bezirkssozialarbeit sowie „flächendeckende“ Überlastungsanzeigen der Bezirkssozialarbeiter.

Hamburg:

Wie Sie den ASD modernisieren können: Eingangs- und Fallmanagement als Organisationsprinzip

Dr. Herbert Wiedermann, Leiter des Landesjugendamtes Hamburg, führte aus, dass der ASD in der Öffentlichkeit kein Gesicht habe und immer nur diejenigen öffentlich sprechen, die eigentlich keine originäre

Zuständigkeit hätten. Dies müsse sich ändern. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass vielerorts die Belastungssituation im ASD bereits so hoch sei, dass tatsächliche Entlastungen als solche gar nicht mehr wahrgenommen werden. Dies müsse sich unbedingt ändern, denn die Mitarbeiter dürfen die Hoffnung nicht verlieren, dass sich an ihrer Belastungssituation sowieso nichts ändere.

Der ASD und das Dilemma der All- und Letztzuständigkeit

Johannes Schnurr, Freier Mitarbeiter am Institut für Soziale Arbeit e.V. in Münster, referierte über Qualitätssicherung und Personalbedarfsplanung im ASD und stellte ein Modell zur Personalbedarfsbemessung vor. Er nannte neben den vom ASD generell zu leistenden Aufgaben die Qualitätsanforderungen, die im Zusammenhang mit § 8a SGB VIII stehen und wies gleichzeitig darauf hin, dass Qualitätsmaßstäbe für den ASD fehlen. Wichtiges Erfordernis für eine professionelle Aufgabenwahrnehmung sei ein gutes Aufgabenmanagement auf der Mitarbeiterebene. Dafür seien statistische und organisatorische Instrumente unverzichtbar.

„Die Arbeitsprozesse und nicht die Fallzahlen bestimmen den Bedarf!“

Marco Szlapka, Geschäftsführer und Projektleiter am Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (INSO) e.V. in Essen/Bernried, stellte unter dem Titel: „Qualitative und quantitative Leistungsziele“ ein Modell zur Berechnung des Personalbedarfs in den Sozialen Diensten der Stadt Bremen vor.

Wir müssen uns immer wieder neu die Karten legen ...

In der Abschlussdiskussion der Tagung wurde deutlich, dass viele Jugendamtsleiter Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern ihres ASD haben und Lösungen finden müssen, damit umzugehen und dass sie die vorgestellten Modelle auf der Tagung als sehr hilfreich dafür empfunden haben. Gleichzeitig forderten sie eine stärkere fachpolitische Debatte zur Jugendhilfe. Der Zeitpunkt für Veränderungen sei günstig, Jugendhilfe sei noch nie „so attraktiv“ (medial präsent) gewesen wie heute. Dieser begonnene Diskurs solle unbedingt weitergeführt werden.

Ein umfangreicher Bericht über die Tagung kann im Internet nachgelesen werden: www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/tagungsbericht.phtml?termine_id=1567. Die Beiträge der Tagung werden dokumentiert und in der Schriftenreihe des VfK veröffentlicht: www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/bestellungen.phtml.

2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu?

Kindertagesbetreuung hatte hierzulande in der öffentlichen Diskussion noch nie einen solch großen Stellenwert wie zurzeit. Politische Konsequenz war unter anderem, dass sich die Große Koalition 2007 auf einen Rechtsanspruch auf „Betreuung ab eins“ ab dem Jahr 2013 verständigte. Dafür soll noch 2008 eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, damit die Kommunen schnellstmöglich das Betreuungsangebot ausbauen können. Vor allem in den westlichen Bundesländern gibt es einen großen Nachholbedarf.

Uneinigkeit besteht aber bisher bei den beteiligten Akteuren darüber, wie dieser Rechtsanspruch praktisch umzusetzen ist, insbesondere was die Finanzierung betrifft. Mit Blick auf das geplante Gesetz werden darüber hinaus aber auch Qualitätsaspekte diskutiert, etwa Qualitätsstandards.

Der neue Band der Reihe Difu-Impulse dokumentiert die Beiträge und Statements hochrangiger Vertreter aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis des zu diesem aktuellen Thema durchgeführten „Difu-Brennpunktseminars“.

Bestellung:

siehe Bestellschein



Kommunale Wirtschaftsförderung 2008

Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

Hintergrund

Das Deutsche Institut für Urbanistik führte nach den Jahren 1995 und 2000 Anfang 2008 erneut eine Umfrage zum Thema „Kommunale Wirtschaftsförderung“ durch.

Ziel der Umfrage war es, die aktuelle Situation und neue Entwicklungen in der kommunalen Wirtschaftsförderung in Deutschland zu erfassen. Damit sollten zugleich die Daten der früheren Umfragen aktualisiert und ausgewählte Aspekte in einer Zeitreihe fortgeführt werden.

Befragt wurden die Wirtschaftsförderungsstellen aller Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern in den alten und neuen Ländern. Dabei wurden Organisation, Tätigkeitsspektrum, Themen und Stellenwert der Wirtschaftsförderung abgefragt. Darüber hinaus wurden zwei Themen vertieft untersucht: „Clusterpolitik“ und „Fachkräftemangel“ als Handlungsfelder, die in immer mehr Kommunen an Bedeutung gewinnen und bearbeitet werden.

Von den 188 befragten Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern, 165 in den alten und 23 in den neuen Bundesländern, antwortete-

ten 144 Städte, dies entspricht 77 Prozent. Alle Bundesländer sind mit aussagefähigen Rücklaufquoten vertreten.

Erste Ergebnisse

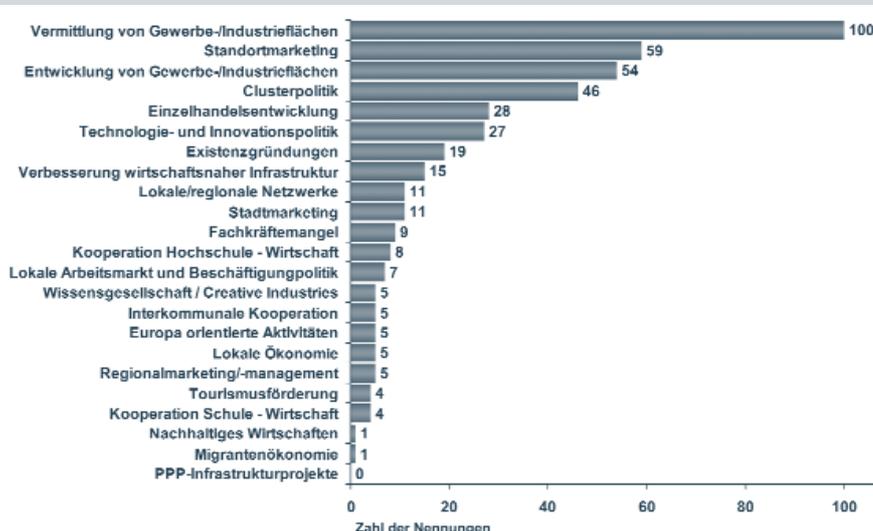
In den Ergebnissen zeigt sich eine recht große Kontinuität in der Arbeit der Wirtschaftsförderer. Unangefochten ist die Bestandsbetreuung – wie auch in den Umfragen zuvor – das wichtigste Aufgabenfeld der Wirtschaftsförderer, in das sie auch erhebliche Anteile ihrer täglichen Arbeitszeit investieren. Es folgen Akquisition und Existenzgründungsberatung, die jedoch im Aufgabenportfolio der Wirtschaftsförderer im Vergleich zu den vorherigen Umfragen etwas an Bedeutung verloren haben.

Die wichtigsten Handlungsfelder der Wirtschaftsförderer sind die Entwicklung und Vermittlung von Gewerbe- und Industrieflächen und das Standortmarketing. Clusterpolitik, EU-orientierte Aktivitäten, Existenzgründung und Wissensgesellschaft haben für die größeren Städte ein höheres Gewicht. Tendenziell unterschieden sich die Einschätzungen jedoch kaum nach Gemeindegröße.

Das Thema „Cluster“ hat an Bedeutung gewonnen. Cluster sind nicht mehr nur ein Marketingbegriff, bei erfolgreichen Clustern gewinnt das Prozessmanagement an Bedeutung. Mit der Ausweitung der Datenbasis von Management und Steuerungsinformationen lassen sich neue Ansätze für Clusterinitiativen und Netzwerke planmäßiger identifizieren, auch wenn in Zukunft das richtige „Gespür“ für Themen weiter von zentraler Bedeutung für die Entwicklung erfolgreicher Clusterinitiativen und Netzwerke sein wird (vgl. Beitrag „Clusterinitiativen und Netzwerke – Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung“ in diesem Heft).

Der „Fachkräftemangel“ wird von fast der Hälfte der Wirtschaftsförderer als aktuelles Thema genannt, hat allerdings nur bei sehr wenigen eine hohe Priorität. Vor allem in den technischen Berufen und bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen wird ein Mangel an Fachkräften wahrgenommen. Neben der Wirtschaftsförderung arbeiten vor

Wichtigste Themen der kommunalen Wirtschaftsförderung



Quelle: Difu-Umfrage
Wirtschaftsförderung 2008

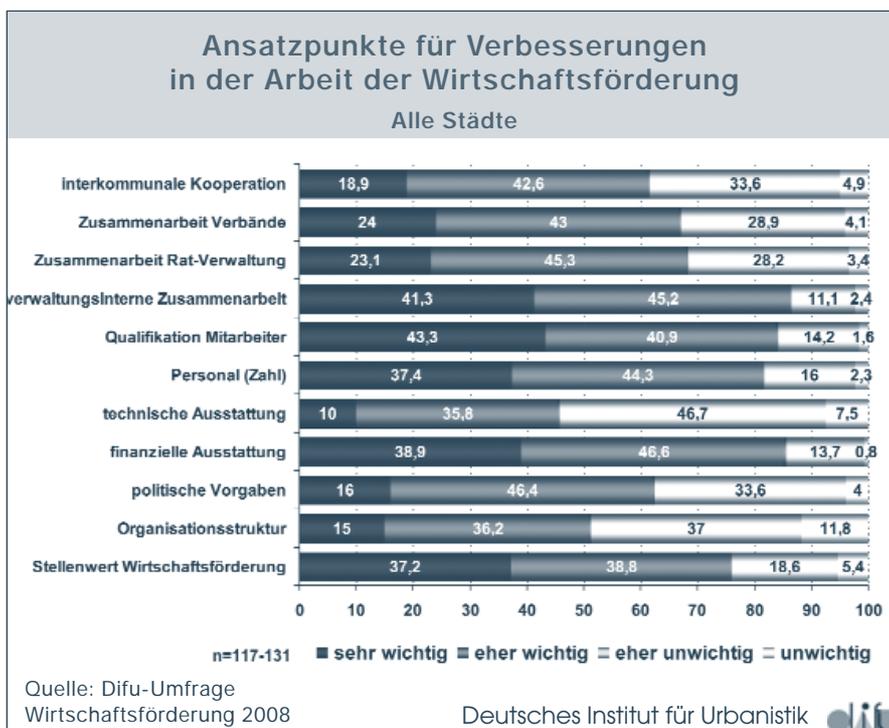
Deutsches Institut für Urbanistik



allein die Industrie- und Handelskammern und die Agenturen für Arbeit, aber auch die betroffenen Unternehmen selbst an dem Thema.

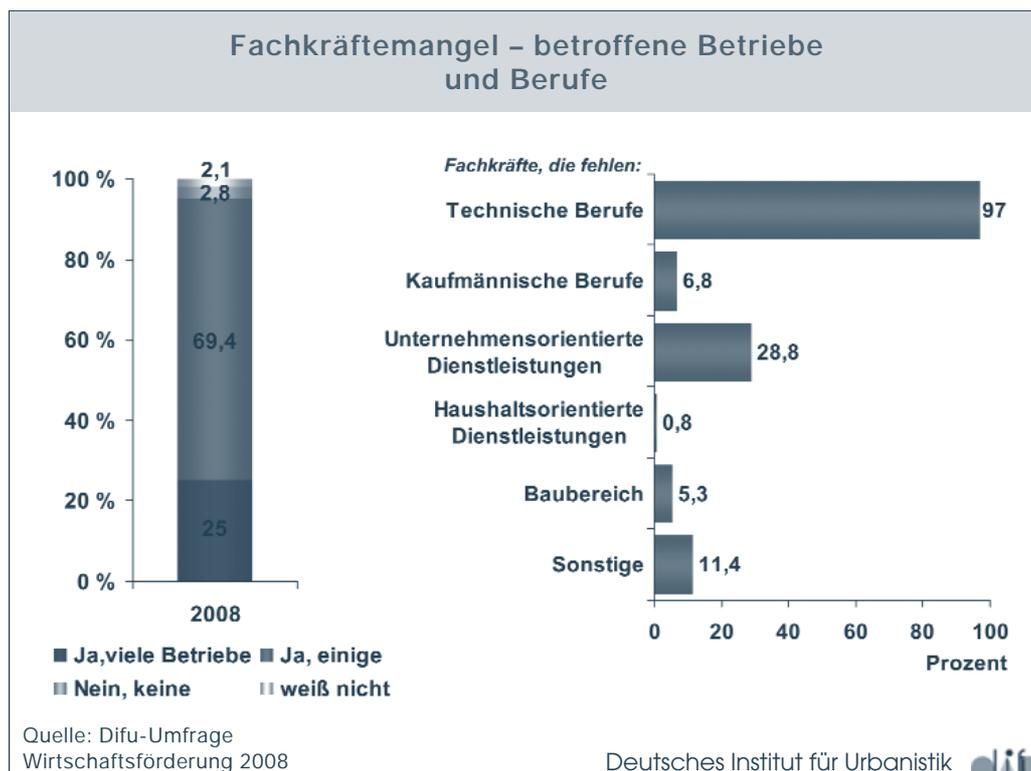
Im Vergleich zu 2001 setzen deutlich mehr Städte Kennzahlen und Produkte in ihrer Arbeit ein. Trotzdem sprechen aus Sicht der Wirtschaftsförderer immer noch Aspekte wie ein ungünstiges Aufwands-Ertragsverhältnis, die Schnelligkeit der Aufgaben der Wirtschaftsförderung und zu wenig Personal gegen die Arbeit mit Kennzahlen und Produkten. Etwa ein Drittel der Städte sucht den Vergleich mit anderen Städten und setzt auch hier Kennzahlen und Benchmarks ein.

Auch 2008 nennen die Wirtschaftsförderer eine Reihe von Ansatzpunkten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Dabei gibt es gewisse Änderungen im Vergleich zu den letzten Umfragen. 2001 stufen die Wirtschaftsförderer fast alle abgefragten Aspekte deutlich häufiger als „sehr wichtigen“ Ansatzpunkt für Verbesserungen ein. 2008 ist eine gewisse „Entspannung“ festzustellen. Am häufigsten wird 2008 ein Verbesserungspotenzial in der „Qualifikation der Mitarbeiter“ gesehen, gefolgt von der „verwaltungsinternen Zusammenarbeit“ und der „finanziellen Ausstattung der Wirtschaftsförderung“. Der „Stellenwert der Wirtschaftsförderung in der Verwaltung“, 2001 noch am häufigsten als Verbesserungspotenzial genannt, wird jetzt erst an fünfter Stelle, nach der „quantitativen Ausstattung



mit Stellen in der Wirtschaftsförderung“, angeführt. Nach wie vor gibt es in einzelnen Aspekten deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern.

Die ausführlichen Umfrage-Ergebnisse erscheinen in Kürze in der Difu-Veröffentlichungsreihe der „Difu-Papers“ unter dem Titel „Kommunale Wirtschaftsförderung 2008. Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven.“



Weitere Informationen:
 Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig
 Telefon: 030/39001-293
 E-Mail: hollbach-groemig@difu.de
 Dipl.-Geogr. Holger Floeting
 Telefon: 030/39001-221
 E-Mail: floeting@difu.de

Bestellung:
 siehe Bestellschein

Jahresgutachten Mobilfunk 2007

Selbstverpflichtung und Verbändevereinbarung haben sich trotz weiterer Verbesserungspotenziale bewährt



Mobilfunk gehört heute zur unverzichtbaren Infrastruktur. Nicht nur die UMTS-Technologie, auch die von Nutzern gewünschte flächendeckende Versorgung erfordern einen weiteren Ausbau der Sendeanlagen. Dieser sollte jedoch weitgehend im Einklang zwischen Mobilfunkbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern geschehen.

Im Juni 2008 hat die Bundesregierung mit Abschluss des Mobilfunkforschungsprogramms ein Resümee der Umsetzungsergebnisse gezogen. Inzwischen kann auf einen sechsjährigen Evaluationsprozess der Zusammenarbeit zwischen Mobilfunknetzbetreibern und Kommunen zurückgeblickt werden. Die Evaluationen sind Bestandteil der seit Dezember 2001 bestehenden freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung „Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Information und vertrauensbildende Maßnahmen beim Ausbau der Mobilfunknetze“.

Ein Schwerpunkt des Gutachtens 2007 war der synoptische Vergleich der Ergebnisse der bisherigen Jahresgutachten, um zu einer Gesamtschätzung der Entwicklung über den gesamten Zeitraum 2001 bis 2007 zu kommen. Das Gutachten wurde durch das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. und dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) erstellt.

Insgesamt zeigte sich, dass die Betreiber auch im Jahr 2007 die Zusagen aus der Selbstverpflichtung weitgehend erfüllen. In den ersten Jahren des Zeitraums seit Inkrafttreten der Selbstverpflichtung (2001–2004) waren die Verbesserungen der Zusammenarbeit von Netzbetreibern und Kommunen stark spürbar. Danach konnte man sich den anspruchsvollen Zielsetzungen der Selbstverpflichtung und der Verbändevereinbarung schrittweise weiter annähern. In einzelnen Bereichen wird die Entwicklung seit den Jahren 2004/2005 von den Kommunen aber auch als Stagnation oder leichte Verschlechterung gesehen (wie etwa bei der Nutzung alternativer Standortvorschläge der Kom-

mune oder bei der Unterstützung der Kommune durch die Betreiber bei der Bürgerinformation).

Hervorzuheben ist, dass sich im gesamten Zeitraum von 2001 bis 2007 die Zahl der Konflikte im Zusammenhang mit neuen Mobilfunkstandorten kontinuierlich verringert hat. Dies ist zum einen zwar auf die zurückgegangene Zahl der neuen Standortentscheidungen zurückzuführen. Zum anderen ist aber auch die Konflikthäufigkeit relativ zur Zahl der neuen Standorte gesunken, was darauf hinweist, dass in der Kommunikation zwischen Betreibern und Kommunen Fortschritte erzielt worden sind. Das insgesamt positive Bild der immer stärker einvernehmlichen Abstimmung zwischen Kommunen und Betreibern findet sich in den kleineren kreisangehörigen Gemeinden seltener als in den größeren Städten. Hinter dem guten Gesamtbild etwas verborgen ist, dass 14 Prozent der Gemeinden (und fünf Prozent der Betreiber) angeben, dass sich die Zahl der Konflikte in den letzten Jahren erhöht habe.

Weitere Ergebnisse des Jahresgutachtens sind, dass Verbraucherschutz und -information in weiten Teilen kontinuierlich verbessert wurden. Das gilt auch für die Information über die Strahlungswerte von Mobiltelefonen in Broschüren oder im Internet. Das Angebot an strahlungsarmen Mobiltelefonen konnte entgegen der Selbstverpflichtung allerdings nicht ausgebaut werden. Im Gegenzug ist sogar in den letzten zwei Jahren ein Anstieg bei Mobiltelefonen mit hohen SAR-Werten festzustellen. In den Bereichen Forschungsförderung und Monitoring sind die Netzbetreiber den aus der Selbstverpflichtung resultierenden Pflichten in vollem Umfang nachgekommen.

Das Jahresgutachten 2007 steht kostenfrei im Internet zum Abgerufen bereit unter <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=X7G3PCAZ>.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Industriekultur in den Städten

Neues Heft der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte erschienen“

Europäische Städte wurden im 19. und 20. Jahrhundert ganz wesentlich von der Industrie geprägt. Diese sich vor allem auch in Bauwerken niederschlagende Prägung bildet unter dem Stichwort „Industriekultur“ den Themenschwerpunkt von Heft 1/2008 der Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Der Heftherausgeber Gerhard Kaldewei, Direktor des Nordwestdeutschen Museums für Industriekultur in Delmenhorst, umreißt in seinem Leitartikel die Entstehung und wissenschaftspolitische Wirkung des von Hermann Glaser ursprünglich geprägten Begriffs „Industriekultur“ und beleuchtet dann in seinem Überblick „Und das ist immer Delmenhorst“ die Bezüge von Stadtgeschichte zur Industrialisierungsgeschichte am Beispiel der nordwestdeutschen Region.

Mit zwei kürzeren Berichten aus Promotionsprojekten zu Pittsburgh und Hamilton (Tracy Neumann) und zu Manchester (Rebecca Madgin) wird der Bogen zum angelsächsischen Raum im Hinblick auf Umgang mit De-Industrialisierung und der Verwertung von industriellem Erbe geschlagen; im Beitrag von Neumann wird dabei durch den transnationalen Vergleich einer kanadischen und einer US-amerikanischen Stadt die Bedeutung politischer Regulierungsformen sehr markant deutlich. Michael Mende von der Hochschule der Künste in Braunschweig dokumentiert dann in „Die ‚Re-Animation‘ geräumter Immobilien“ den Umgang mit dem baulichen Erbe der Industrialisierung am Beispiel von Delmenhorst und Nordhorn, die oft schwierigen und kontrovers diskutierten Prozesse der Um- und Neunutzung brachgefallener industrieller Komplexe, die häufig stadtbildprägenden Charakter hatten und haben.

Im deutschen Kernland der Industriekultur, dem Ruhrgebiet, setzt der Beitrag von Wolfgang Ebert (Gesellschaft für Industriekultur, Duisburg) an, der von der fortschreitenden Ausgestaltung der „Route der Industriekultur“ im Ruhrgebiet und ihrer Einbeziehung in ein europäisches Netzwerk „European Route of Industrial Heritage“ berichtet und dies mit Überlegungen zur touristischen Vermarktung von Industriekultur verknüpft. Die landschaftliche Einbettung der Industrialisierung reflektiert für Nordwestdeutschland

Christina Reinsch (Haus der Geschichte, Leipzig/ Bonn) in „Industriekultur im Nordwesten am Beispiel der Region Weser-Ems“. Museumsdidaktisch bemerkenswert ist schließlich der Bericht von Martin Koplin und Ulrike Wilkens „MORITZ – ein zukunftsweisendes EU-Modellprojekt zur medialen Ausweitung des Museums“, wo die Autoren Ansätze vorstellen, Besuchern industriekultureller Landschaften außerhalb von Museen mit Kleincomputern (PDAs) jeweils ortsspezifische Informationen zu den besuchten Punkten zu liefern, ein Projekt, das parallel für verschiedene europäische textilindustrielle Zentren erarbeitet wird (Lodz, Manchester, Riga). Inhaltlich passend zum Thema „Industriekultur“ bespricht Niels Aschenbeck in der Rezension den umfangreichen Katalog zur Werkbundaustellung „100 Jahre Deutscher Werkbund 1907 – 2007“, der von Winfried Nerdinger und Werner Durth herausgegeben wurde.

Im Forum setzt sich Dorothee Brantz (Berlin) mit dem neuerdings viel diskutierten Thema „Tier und Stadt“ auseinander.

Tagungsberichte von Martin Knoll (Darmstadt), Harald Engler (Erkner/ Berlin) und Carsten Benke (Berlin) informieren über eine Tagung des Forschungsschwerpunkts „Stadtforschung“ an der Technischen Universität Dresden vom Februar 2008, das zehnte Werkstattgespräch zur ostdeutschen Planungsgeschichte am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung vom Januar 2008 und die Tagung des Arbeitskreises Planungsgeschichte der Gesellschaft für Stadtplanung und Urbanistik in Kassel zum Thema „Wer entwickelt die Stadt? Lokale Governance in historischer Perspektive“. In der Rubrik „Mitteilungen“ finden sich unter anderem Informationen zu zahlreichen für 2008 und 2009 angekündigten stadtgeschichtlichen Konferenzen im In- und Ausland sowie zu stadtgeschichtlichen Studiengängen und Graduiertenschulen.

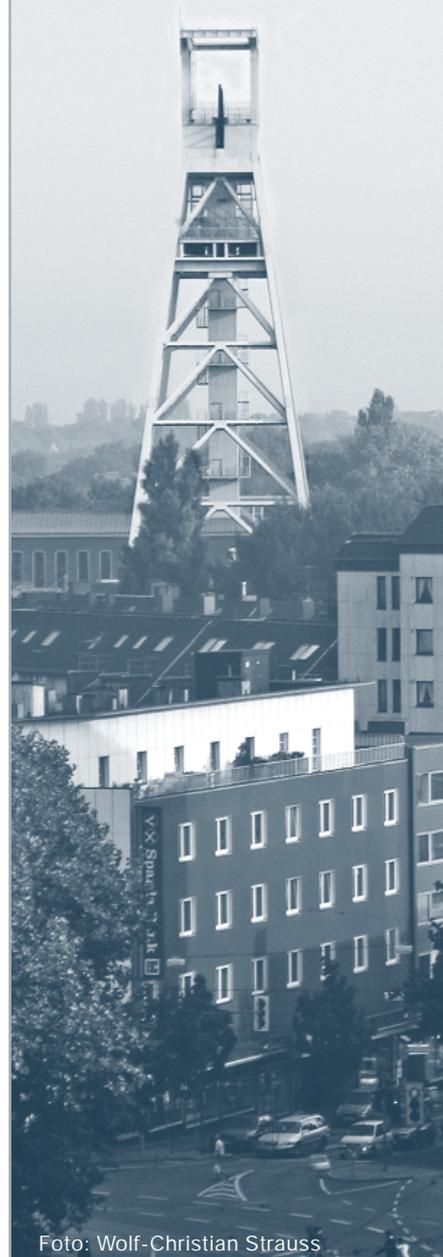


Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362/793280
E-Mail: Christoph.Bernhardt@alumni.TU-Berlin.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen

Difu arbeitet für neues ExWoSt-Forschungsvorhaben

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing.

Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Ansätze Integrierter Stadtentwicklung gewinnen nicht nur in Deutschland an Bedeutung. Dies wird unter anderem in der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ betont, die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 angenommen wurde. Die Ausweitung kommunaler integrierter Entwicklungsansätze auf die regionale Ebene wird auch in der „Territorialen Agenda der EU“ gefordert, die im Rahmen des Informellen Ministertreffens angenommen wurde.

Hier setzt das Forschungsvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“ (BMVBS, BBR) an, in dessen Rahmen das Difu den Fragen nachgeht, welche Städte und Gemeinden Integrierte Ent-

wicklungsansätze verfolgen, was darunter zu verstehen ist, welchen Nutzen solche Konzepte entfalten und inwieweit ihre Einbettung in regionale Zusammenhänge eine Rolle spielt oder spielen kann.

Die Untersuchungsergebnisse sollen sowohl in Handlungsempfehlungen zur Erweiterung von kommunalen Ansätzen Integrierter Stadtentwicklung um eine stadtregionale Perspektive (Qualifizierung konzeptioneller Schnittstellen sowie geeigneter Management- und Organisationsformen) als auch in übergeordnete Schlussfolgerungen einfließen, die einer Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Integrierte Stadtentwicklung im Regionalkontext dienen könnten.

Kooperationsformen im Bereich „Frühe Hilfen“

Am 1. Juni 2008 startet das Difu eine bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich „Frühe Hilfen“. Auftraggeber ist das Nationale Zentrum Frühe Hilfen, das gemeinsam von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Deutschen Jugendinstitut e.V. getragen und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert wird. Das Projekt ist Bestandteil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

Mit dem Programm soll über die Verzahnung gesundheitsbezogener Leistungen, Jugendhilfeleistungen sowie zivilgesellschaftliches Engagement der Schutzbeauftragten der staatlichen Gemeinschaft gestärkt werden. Entscheidend für die Qualitätsentwicklung von Frühen Hilfen ist eine aufeinander abgestimmte Kooperation von Einzelmaßnahmen im Rahmen regionaler Hilfenetze. Hier kommt kommunalen Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämtern eine besondere Bedeutung zu. Bislang liegen nur wenige Informationen über bereits vorhan-

dene Kooperationsformen und Vernetzungsstrategien von Gesundheitswesen und Jugendhilfe vor. Berücksichtigt werden sollen in diesem Kontext auch die lokalen und länderspezifischen Rahmenbedingungen, unter denen die Zusammenarbeit und der Aufbau Früher Hilfen stattfindet.

Mit dem Projekt sollen vorhandene Kooperationsformen kommunaler Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämter eingehender untersucht werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Erfassung der Ziele der Kooperationen vor Ort bzw. in der Erfassung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Zusammenarbeit der einzelnen Akteure. Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist der Aufbau eines Monitoring-Systems im Bereich „Frühe Hilfen“. Damit wird ein erster und wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung in diesem Bereich geleistet. Nur über eine qualifizierte Erfassung und Berichterstattung ist es möglich, rechtzeitig Optimierungspotenziale zu erkennen und Fehlentwicklungen gegenzusteuern.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Detlef Landua
Telefon: 030/39001-196
E-Mail: d.landua@difu.de

Die nächste Stufe der Verwaltungsmodernisierung

Die Berliner Verwaltung und das Deutsche Institut für Urbanistik widmen sich im Rahmen eines neuen Projektes der künftigen Ausgestaltung der bezirklichen Leistungs- und Serviceangebote.

Nachdem die Mitte der 1990er Jahre am Neuen Steuerungsmodell orientierte Binnen- und Strukturreform bereits wesentlich zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns beigetragen hat, beschloss der Berliner Senat im Juni 2007 das „Programm zur kontinuierlichen Weiterführung der Modernisierung der Berliner Verwaltung bis 2011“. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei, wie die Dienstleistungen stärker an den Bedürfnissen der Adressanten ausgerichtet werden können und wie das Aufgabenportfolio an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen ist. Weil ein großer Teil der Leistungen auch künftig von den Bezirken angeboten wird, geht es im Speziellen um die Entwicklung der Leistungs- und Serviceangebote der Berliner Bezirke.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat deshalb das Difu beauftragt, zur Klärung der damit zusammenhängenden Fragen eine grundlegende und umfassende Studie durchzuführen. Thematische Schwerpunkte dieser Untersuchung sind

- die Organisation der Leistungserstellung und -erbringung,
- die Veränderungen der Vertriebswege der Leistungen,

- die Möglichkeiten verstärkter Kooperationen zwischen den Bezirken sowie veränderte Arbeitsteilungen zwischen der Bezirks- und Landesebene (Hauptverwaltung),
- die Veränderungen der internen Organisationsstruktur der Aufgabenwahrnehmung auf Bezirksebene,
- die Veränderungen der Arbeitsteilung der öffentlichen Hand mit privaten Anbietern, Non-Profit-Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Leistungserbringern und
- die Aufgabenveränderungen, u. a. durch politische Rahmensetzungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Auf der Basis der durchgeführten Recherchen und Analysen sowie der Analyse und Prognose der wesentlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Leistungs- und Serviceangebote werden prinzipiell mögliche Entwicklungsszenarien bewertet und eine Empfehlung gegeben, welches Szenario für die Erreichung der mit der Leitidee Servicestadt Berlin 2016 verbundenen Ziele am besten geeignet erscheint. Die Berliner Verwaltung wird als Ergebnis der Studie insbesondere Aussagen über die vermutliche Entwicklung der bezirklichen Leistungs- und Serviceangebote in den nächsten fünf bis zehn Jahren sowie praxistaugliche Vorschläge zu Handlungsansätzen erhalten, um die Entwicklungstendenzen zu unterstützen bzw. rechtzeitig gegensteuern zu können.

Weitere Informationen

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Telefon: 030/39001-242
Email: knipp@difu.de



Quelle: Emmendinger TORheiten, Bd. 2
Verena und Klaus Nunn, 2005

Biodiversität, Klima, Demographie

Kurzfassungen und Präsentationen des Fachkongresses im Internet abrufbar



Fotos: Jens Schiller



Am 2. und 3. April 2008 trafen sich in der „Konsum Zentrale“ in Leipzig rund 140 Experten aus Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen, aus Verbänden und Planungsbüros sowie aus der Wissenschaft zu dem vom Bundesamt für Naturschutz und Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam veranstaltetem Fachkongress „Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“. Vor dem Hintergrund demographischer und wirtschaftlicher Veränderungen und der damit verbundenen neuen Raumstrukturen (Zunahme von Brachen, Perforierung von Städten und Stadtteilen), des Wandels in der agrarischen Nutzung sowie des Klimawandels wurden die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen ergebenden Konsequenzen für die örtliche Landschaftsplanung erörtert und Lösungsansätze für die kommunale Praxis diskutiert. Insbesondere ging es hierbei auch um die kommunale Verankerung der querschnittsorientierten und gesamtgesellschaftlich angelegten Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Wichtige Aspekte des Kongresses:

- Die örtliche Landschaftsplanung ist ein unverzichtbarer Baustein einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung. Sie ist Informations- und Monitoringinstrument, legt mit ihren Zielen die Leitlinien für kommunale Abwägungsentscheidungen fest und sorgt für einen sachgerechten Interessenausgleich zwischen konkurrierenden Zielen von Naturschutz und Landschaftspflege.

- Die aufgrund des Wandels veränderten Rahmenbedingungen – teils mit zunehmenden Flächenkonkurrenzen verbunden – erfordern integrierte Leitbilder und sektorübergreifende Konzepte auf landschaftlicher Ebene.
- Die örtliche Landschaftsplanung muss unter den Vorzeichen des Wandels weiterentwickelt werden. Ungewissheiten und Unsicherheiten über den Wandel und seine Folgen erfordern zudem eine Flexibilisierung der Landschaftsplanung. Stärker als bislang ist eine prozesshafte und partizipative Planung in Alternativen und Szenarien notwendig. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf den Klimawandel, aber auch für die Bestimmung und Gestaltung des infolge des Stadtumbaus neu entstehenden Verhältnisses zwischen baulichen und Freiflächen.
- Die örtliche Landschaftsplanung hat dabei vor allem die Aufgabe der mittel- bis langfristigen Feinsteuerung der Landschaftsentwicklung in den Kommunen. Darüber hinaus werden jedoch auch kurzfristig wirkende Steuerungsinstrumente benötigt, um auf die Anforderungen des Wandels fachlich qualifiziert reagieren zu können.
- Da die Nationale Biodiversitätsstrategie im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden muss, ist die örtliche Landschaftsplanung gefordert, hierzu aktiv und offensiv einen qualifizierten konzeptionellen Beitrag zu leisten. Hierbei bedarf sie jedoch der Unterstützung durch die Wissenschaft, die geeignete Methoden zur Erfassung und Bewertung der biologischen Vielfalt sowie der Populationsbewegungen entwickeln muss, um tragfähige planerische Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung formulieren zu können.
- Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine ganzheitliche Betrachtung des Raumes durch die Landschaftsplanung erforderlich, aus der heraus ein Gesamtbild entwickelt werden kann, wie sich aus Sicht der Landschaftsplanung die Umwelt künftig insgesamt darstellen soll.

Kurzfassungen und Präsentationen zu den Vorträgen des Kongresses stehen im Internet zum Download zur Verfügung:
www.bfn.de/0103_klima_demografie.html

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@ifu.de

Dipl.-Ing. Torsten Wilke
Bundesamt für Naturschutz
Telefon: 0341/30977-16
E-Mail: torsten.wilke@bfn.de

Exklusiv für Difu-Zuwender

Neue Seminarberichte und Vorträge im Difu-Extranet. Difu-Themenservice mit aktuellen Literaturhinweisen

Vortrag: Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-beckmann-investitionsbedarf.pdf

Seminardokumentation: Innenstädte: Trends – Perspektiven – Handlungspotenziale Seminar 19.–20. Mai 2008 in Berlin

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08innenstaedte/

Seminardokumentation: Partizipative Haushaltspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seminar 10.–11.3.2008 in Berlin

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08-haushaltspolitik/

Seminarbericht: Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung

Seminar 25.–26.2.2008 in Berlin

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08kinder-verkehr.bericht.phtml

Neu: ORLIS-Themenservice

Sie möchten nicht selbst in der Datenbank recherchieren, aber zu bestimmten Themenschwerpunkten über neue Literaturhinweise und Volltexte informiert werden? Das Difu

stellt für Sie auf dieser Seite Übersichten zu aktuellen kommunalen Themen zusammen. Durch den Mausklick auf Ihr Wunschthema finden Sie täglich aktualisiert neue Literaturhinweise, Abstracts und Volltexte. So können Sie die Fachliteratur zu einem Thema über einen längeren Zeitraum im Blick behalten.

Aktuell finden Sie zu folgenden Themen Literaturübersichten:

- ARGEN
- Optionskommunen
- Bürgerhaushalt
- Doppik
- Schuldenmanagement,
- Finanzinstrumente
- Business/Housing Improvement District
- Demographischer Wandel
- Globalisierung
- REITs
- Städtebauliche Verträge
- EU-Umgebungslärmrichtlinie
- Feinstaub
- Klimaschutz

Das Difu wird diesen Service weiter ausbauen und greift gerne Themenvorschläge der Difu-Zuwenderstädte auf.

<http://www.difu.de/extranet/orlis/themenservice/>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat- und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

www.difu.de/extranet/.

Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren im Internet unter:

www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Difu-Ansprechpartnertreffen 2008

Mülheim ist Gastgeber des diesjährigen Treffens

Am 22. und 23. September findet das diesjährige Treffen in der Stadt Mülheim statt. Für die exklusiv für die Ansprechpartner der Difu-Zuwenderstädte angebotene Fortbildung werden keine Seminargebühren erhoben. Bei dem zweitägigen Jahrestreffen werden in diesem Jahr voraussichtlich folgende drei Workshops und Vorträge angeboten:

- Workshop: Stadtpolitik und neue Wohnformen
Impulsreferat und Moderation:
Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
- Workshop: Große Einkaufszentren – Fluch oder Segen für die Innenstädte?
Impulsreferat und Moderation:
Dr. Gerd Kühn
- Workshop: Integrierte Stadtentwicklungskonzepte in Stadtregionen
Impulsreferat und Moderation:
Christian Strauss
- Vortrag: Wissen und Kreativität als Wachstumsmotoren
Impulsreferat und Diskussion:
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
- Vortrag: Kommunaler Klimaschutz
Impulsreferat und Diskussion:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
- Vortrag: Investitionen in die Infrastruktur
Impulsreferat und Diskussion:
Dr. Busso Grabow

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Neu im Difu-Internet

Difu-Newsletter „Berichte“ 2/08

Gesamtes Heft als PDF:
www.difu.de/archiv/Ber-08-2.pdf
Das Heft steht später auch im HTML-Format zur Verfügung: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/2_08/.

Jahresgutachten 2007 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=X7G3PCAZ>

Wirkungsanalyse zur Wettbewerbsreihe „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=PG2K0DIZ>

Kurzfassung der Studie: Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020

www.difu.de/presse/080421_kurzfassung_investitionen.pdf

German Journal of Urban Studies/ Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

Issue Vol. 46 (2007), No. 2: Urban Mobility and Social Inequity
www.difu.de/publikationen/dfk/en/07_2/

Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen und Projekte des Förderschwerpunkts REFINA

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Cl6P45WH>

Difu aktiv

Im Rahmen der Veranstaltung „Demografie-konzept für Berlin – Gestalten – Planen – Chancen nutzen“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 6. März 2008 im Berliner Rathaus übernahm **Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann** Schlussfolgerungen des Tages, Zusammenfassung und Ausblick. Am 21.

April 2008 referierte Klaus J. Beckmann anlässlich des Kommunalkongresses des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie und des Deutschen Städtetages „Richtig investieren – effizient modernisieren – Mit starken Städten und Gemeinden Deutschlands Zukunft gestalten“ zum Thema „Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020 – die wichtigsten Ergebnisse der Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik“. Darüber hinaus beteiligte Beckmann sich auf dem Fachkongress „Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“, der am 2. und 3. April 2008 in Leipzig stattfand, an der Podiumsdiskussion „Die Zukunft der örtlichen Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“. Im Rahmen eines Workshops wirkte Klaus J. Beckmann am 25. und 26. Juni in Berlin am Szenarioprojekt „Zukunft der Mobilität 2030“ des Instituts für Mobilitätsforschung (einer Einrichtung der BMW-Group) und der Expertise zum Umfeld „Stadt- und Ballungsraum“ mit.

Stephanie Bock hielt am 3.6.2008 in Bukarest bei der 1st German-Romanian Conference on Research for Sustainability den Vortrag „Research for the Reduction of Land Consumption and for Sustainable Land Management (REFINA)“.

Christa Böhme nahm am 17.4.2008 am 2. Bundeskongress „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ in München und am 23.4.2008 an der Jurysitzung zum KfW-Award 2008 „Europäisch Leben – europäisch wohnen“ mit dem Jahresthema „Gemeinschaftliches Bauen und Leben in der Stadt – Eigentum kreativ und kostengünstig gestalten“ teil. Am 18.4.2008 hielt sie im Rahmen des Internationalen Symposiums „Perspektive Gesundheit“, das gemeinsam von der Landeshauptstadt München, dem Gesunde-Städte-Netzwerk, dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in München veranstaltet wurde, einen Vortrag mit dem Titel „Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt“.

Holger Floeting referierte am 29.4.2008 in Wien im Rahmen der Konferenz „Privacy and Security: Towards privacy enhancing security technologies – the next steps“, die vom Danish Board of Technology, Norwegian Board of Technology, vom Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein sowie vom Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der

Wissenschaften durchgeführt wurde, zu „Privacy, Public Life and Security Technologies – An Urban Perspective“. In Wien hielt er am 19. und 20.5.2008 im Rahmen der 13th International Conference on Urban Planning, Regional Development and Information die Vorträge „Darf's ein bisschen mehr sein? Clusterstrategien und kommunale Wirtschaftsförderung“ sowie „Intellectual capital reporting for regional cluster initiatives and networks – A tool to support innovation and regional development?“

Dr. Werner Heinz hielt am 24.4.2008 während der zweitägigen Veranstaltung des Finnland-Instituts „Metropolitan Challenges and Innovation“, die zusammen mit dem Center for Metropolitan Studies und der TU durchgeführt wurde, einen Vortrag zu „Deutsche Städte und Globalisierung“.

Thomas Preuß hat am 3.6.2008 auf der 10th International Conference on Loil Water System in Mailand zum Thema „Circular land use management in urban regions: strategy and instruments“ referiert.

Bettina Reimann hielt am 28.5.2008 am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund im Rahmen eines Kolloquiums zu „Migration und Stadt“ den Vortrag „Ethnische Ökonomie – ein Motor für die (stadträumliche) Integration? Rahmenbedingungen, Spannungsfelder und Perspektiven.“

Daniel Zwicker-Schwarm hielt auf der 1st German-Bulgarian Conference on Research for Sustainability am 20.5.2008 in Sofia den Vortrag „How to put sustainable land management into practice? An overview of Germany's REFINA-programme“.

Difu-intern

Abschied nehmen

Bei manchen Dingen kann man sich das Eine ohne das Andere kaum vorstellen. So verhält es sich auch mit **Michael Reidenbach** und dem Difu: Seit der Difu-Gründung 1973 gehört er zum Difu und das Difu zu ihm. Und nun ist es doch passiert. Michael Reidenbach hat Ende Mai 2008 das Institut in den (Un)ruhestand verlassen.

Auch wenn er sich seit Antritt seines Studiums der Volkswirtschaftslehre und seiner ersten beruflichen Station als wissenschaftlicher Assistent am Institut für finanzpolitische Forschung an der FU Berlin immer mit Finanzfragen beschäftigt hat, war er nicht nur „Finanzer“. Vielmehr war sein Themenspektrum außerordentlich breit und reichte von der interkommunalen Kooperation, der Berliner Bezirksreform, der Bodenpolitik über die Beschäftigung mit kommunalen Standards bis hin zum Thema PPP.

In vielen Fachkreisen war er engagiert beteiligt, in Gremien des Deutschen Städtetages (DST) wie des Bundes, u.a.: Unterausschuss des Finanzausschusses des DST für die Städte in den neuen Ländern, steuerpolitischer AK des Finanzausschusses des DST oder die AKs „Quantifizierung“ zur Reform der Gemeindefinanzen und zur Unternehmenssteuerreform. Über viele Jahre war er auch im Verband Deutscher Städtestatistiker aktiv. Überall war er stets ein geschätzter Diskussions- und Kooperationspartner.

Im Zuge der Internationalisierung und der Europäisierung übernahm er Beratungsprojekte, etwa bei der OECD (Projekt „Urban governance“), der EU (z.B. Projekt IANUS – Indicator System to Assess New Urban Services) oder in Malaysia (Beratung beim Aufbau des kommunalen Finanzausgleichs).

Reidenbachs letztes großes Difu-Projekt der kommunalen Investitionsbedarfsschätzung ist beinahe so etwas wie sein „Vermächtnis“: Nicht nur, dass er, zusammen mit seinen Kollegen, wie immer methodisch anspruchsvoll, den kommunalen Investitionsbedarf für die Jahre bis 2020 bezifferte. Vielmehr machte er in der Studie auch deutlich, welche erheblichen negativen Folgen das Unterlassen notwendiger Investitionen nach sich zieht und dass sich durch strategisches Handeln und politischen Willen der in langen Jahren aufgebaute Investitionsrückstand abbauen ließe. Michael Reidenbach wird im Difu eine große Lücke hinterlassen, als „wandelndes Lexikon“ der Kommunalfinanz genauso wie als stets hilfreicher, bescheidener und kooperativer Kollege. Sicher ist, dass er auch nach seiner Difu-Zeit – dann allerdings in begrenztem zeitlichen Rahmen – sein Wissen und seine Erfahrung an die nachfolgenden Generationen zum Wohle der deutschen Städte weitergeben wird.



Michael Reidenbach

Mediennachlese

... Inzwischen, sagt Gregor Jekel, „ist man davon abgekommen, sich allein pragmatisch mit Stadtentwicklung zu befassen“. Früher habe man ein Leitbild gefunden, das man dann alsbald zu realisieren versucht habe. Die „autogerechte Stadt“ etwa. ... heute sehe man sich in Metropolen nunmal mit komplexeren Fragestellungen konfrontiert. Und treffen gleichzeitig auf Kommunen, die den gegenwärtigen Prozess einer Renaissance der Städte als Gewinn verstanden. ... Mittlerweile verstünden sich die großen Städte in der Bundesrepublik anders als noch in Krisenzeiten zu Beginn des 21. Jahrhunderts längst nicht mehr als „Bittsteller“, da die kommunale Finanzlage längst entspannter geworden sei. ... Die Entwicklung der Gegenwart ist wesentlich ein städtischer Prozess. An allen Ecken der Republik. Am Deutschen Institut für Urbanistik hatte man die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt. Und so entstand um das Jahr 2000 herum der Forschungsverbund „Stadt 2030“. Ein Vorhaben, das sich ausdrücklich nicht auf Prognosen stützen wollte, dass keine Zukunftskonzepte für 2030 schaffen wollte, Wie also, anders gesagt, sich Stadt planen lasse, ohne sich allein auf ein einziges Vorhaben, etwa den Verkehr, zu beschränken. Eben flexibler zu sein. Keine kleine Sache, ist Geograf Jekel überzeugt, aber eine, die durchaus Kraft entfalten könne. Gerade im Sinne des Bürgers. Dann nämlich stellten sich Möglichkeiten seines Einwirkens auf städtische Prozesse noch einmal ganz anders. **FR 27.05.2008**

Institut für Urbanistik mit 161 Mrd. Euro beim Straßenbau, gefolgt von den Schulen mit 73 Mrd. Euro, dem Abwassernetz mit 58 Mrd. Euro und dem öffentlichen Nahverkehr mit 38 Mrd. Euro... **Handelsblatt, 22.4.2008**

... Die Straße als Sinnbild für Modernität das gilt heute nicht mehr. In Köln haben sich 33 Unternehmen zusammengefunden, um einen Masterplan für die Stadtentwicklung zu finanzieren... Ein Umdenken hat eingesetzt: „Die Städte bemühen sich wieder mehr darum, die Qualität ihrer Stadtkerne zu verbessern“, urteilt der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Klaus Beckmann. Mit Parkanlagen, verkehrsberuhigten Straßen und grünen Stadtvierteln machen die Kommunen das Wohnen im Zentrum wieder attraktiv. „Früher bauten sich junge Familien ihre Häuser am Stadtrand, weil es in der Innenstadt keine Wohnmöglichkeiten für sie gab. Aber die Menschen wollen nicht mehr ins Umland flüchten“, sagt Beckmann. Bereits vor zwei Jahren sorgte eine Untersuchung des Berliner Instituts unter dem Titel „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ für Aufsehen. ... Eine aktuelle Untersuchung untermauert die Ergebnisse. „Die Tendenzen, die sich vor zwei Jahren angedeutet haben, finden sich in der neuen Studie durch die Bank bestätigt. Da hat sich ein Trend umgekehrt, der Jahrzehnte nur in die andere Richtung zeigte“, berichtet Beckmann... **FAZ.net, 16.04.2008**

Weil über Jahre wegen geringer Steuereinnahmen Schmalhans Küchenmeister war, schieben Städte und Gemeinden derzeit nach einer ... Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik einen Investitionsstau von rund 70 Mrd. Euro vor sich her. ... Für Panik besteht gleichwohl kein Anlass, betonten ... sowohl der Leiter des Instituts, Klaus J. Beckmann, als auch die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth. „Im Durchschnitt liegt der Finanzbedarf bei rund 47 Mrd. Euro im Jahr.“ Das seien nur 7 Milliarden Euro mehr, als die Städte und Gemeinden etwa 2005 ausgegeben hätten. So dramatisch sei die Lage also gar nicht, betonte Beckmann. ... Dabei könnten nach der Analyse des Instituts für Urbanistik leicht 15 Prozent des gesamten Investitionsvolumens ... über PPP gestemmt werden. Rund die Hälfte des aktuellen Nachholbedarfs von 70 Mrd. Euro ließen sich ... durch mehr Effizienz und die Einbindung privater Investoren erreichen. ... Den größten Finanzbedarf sieht das

Künstler und Kreative entdecken und erschließen zumeist als Erste neue Quartiere in Berlin. Wie derzeit in Wedding oder dem nördlichen Neukölln. ... Vor dem Mauerfall saß die Szene in Kreuzberg, es folgten Prenzlauer Berg und Mitte, momentan verändert sich Friedrichshain. „Vorweg gehen immer die Pioniere, die neue Orte erst erschließen“, sagt Busso Grabow, Experte für Stadtentwicklung am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Künstler und Kreative, Punks, Studenten und Hausbesetzer, die nicht viel Geld haben, suchen Orte, an denen sie Freiräume haben. „Also große Wohnungen und Ateliers, die nicht so teuer sind, in denen sie ihre Lebensformen leben können.“ ... In den damals noch unsanierten Altbauten fanden die Kreativen jene Räume, die sie suchten. Bald folgten ihnen kleine Kneipen und Cafés. „Es spricht sich schnell herum, wenn sich in einem Bezirk etwas tut“, sagt Grabow. Und schließlich folgten der alternativen Szene jüngere Leute mit mehr Geld. Werber, Architekten, Journalis-

ten, die sogenannte Mittelschicht. ... An diesem Punkt ist jetzt auch Friedrichshain angekommen. „Es hat eine Aufwertung stattgefunden“, sagt Grabow, „doch von den Pionieren, den Entdeckern des Stadtteils, wird diese Aufwertung als Abwertung empfunden.“ Sie können zum Teil die steigenden Mieten nicht mehr bezahlen oder haben nicht mehr den Raum, den sie gesucht haben. „Also wandert die Szene wieder ab...“, **Berliner Morgenpost, 13.4.2008**

Neue Baugebiete bedingen nicht immer zusätzliche Einnahmen. Im Gegenteil. Zu diesem Ergebnis kommen die Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin in einer neu veröffentlichten Studie. ... Jeden Tag wurden im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg etwa 9,4 Hektar für Verkehrs- und Siedlungszwecke genutzt ... Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) nennt diese Entwicklung „besorgniserregend“. Es handle sich um einen „Verlust für Natur und Umwelt“ und gehe zulasten der Böden sowie der biologischen Artenvielfalt. ... nicht allein der Umweltschutz spielt eine Rolle bei der Frage, ob Kommunen neue Baugebiete ausweisen sollten. In einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) wird zudem in Frage gestellt, ob sich solche Maßnahmen fiskalisch überhaupt lohnen. Schließlich müssten die Kommunen im Vorfeld einiges investieren, um neue Ansiedlungen zu ermöglichen. ... Aber auch neue Gewerbegebiete wären häufig ein Verlustgeschäft, sagt Difu-Projektleiter Michael Reidenbach. Der Diplom-Volkswirt ist deshalb der Meinung: „Kommunen sollten sich auf die Innenentwicklung konzentrieren. Das kann Kosten sparen.“ **Staatsanzeiger Baden-Württemberg, 7.4.2008**

... Festschriften haben es bisweilen schwer, eine breite Leserschaft für sich zu gewinnen, sind sie doch durch die Auswahl der Autoren und der Themen oftmals sehr eng auf den zu Ehrenden und sein Fachgebiet ausgerichtet. In dieser Hinsicht bietet die vorliegende Sonderveröffentlichung des Difu eine Ausnahme: Für das Werk konnten 40 namhafte Autoren aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft gewonnen werden, die zum „Brennpunkt Stadt“ mit ihren Beiträgen aktuelle raumordnerische, demografische, ökonomische und stadtstrukturelle Fragestellungen aufgreifen ... Das Buch kann daher all denjenigen uneingeschränkt empfohlen werden, die sich zu den drängenden, aktuellen Entwicklungsfragen der Städte fundiert informieren wollen. Sie finden in der vorliegenden Sonderveröffentlichung des Difu zahlreiche, äußerst anregende Beiträge. **Flächenmanagem. & Bodenordnung, H.2-08**

...In den internationalen Großstädten macht derzeit eine „neue alte“ Wohnform von sich reden, die sogenannten Townhouses. Als gereihe, städtische Wohnhäuser konzipiert, zeigen sie mit ihren individuellen Fassaden und schmalen Grundflächen über mehrere Wohnebenen mit Dachterrasse und Garten, wie man in den Innenstädten modern wohnen kann. ... Bundesweit liegen Townhouses voll im Trend. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik sind es gerade die Angehörigen der gehobenen Mittelschicht, die „immer weitere Teile der Innenstadt besetzten und damit einen allgemeinen Imagewandel des Innenstadtwohns“ einleiten. „In den Sechzigern waren die Menschen voller Anerkennung, wenn jemand einen Bungalow in einer Siedlung besaß“, erklärt ihr Verfasser Hasso Brühl. „Heute bewundern wir die Menschen mit großen Wohnungen in der Innenstadt.“ Und er nennt einen wichtigen Grund dafür: „Das Familienleben ist zunehmend schwer zu organisieren, wenn man täglich im Verkehrstau steckt.“ Brühls Fazit: „Kind und Karriere lassen sich in der Stadt viel besser vereinbaren als im Speckgürtel.“ ... **Weser Kurier, 5.4.2008**

...Die jüngste Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zum Beispiel dokumentiert, dass sich der Prozess der so genannten „Suburbanisierung“ seit den 1990er Jahren deutlich verlangsamt hat. Das „Häuschen im Grünen“ gilt nicht mehr als Zielort des Wunschs ... Jetzt sind andere Träume dran. Die Dachterrasse in einem bürgerlichen Stadtquartier zum Beispiel. Oder das Wohnen in einem sanierten Gründerzeithaus. ... Wie die Difu-Forscher herausgefunden haben, gilt die Innenstadt nämlich keineswegs von vorneherein als familien- oder kinderfeindlich. Die Abwanderung hatte bisher vor allem finanzielle Gründe. ... Die Bewegung zurück ins Urbane ist allein schon durch die Demografie programmiert. So hat für die zunehmende Zahl der allein Lebenden das Hausen draußen wenig Sex-Appeal. Die Digitalisierung des Arbeitslebens hat auch keine nennenswerte Zahl landliebender Nomaden produziert. Und auch die Alten ... organisieren sich ihr Leben lieber auf kurzem Weg. ... Wer genau hinschaut bemerkt, dass die Wirtschaft die Umzugspläne nachvollzieht. Die Supermarktketten öffnen wieder Filialen in der Innenstadt. Die Immobilienwirtschaft steckt mitten in der Trendwende. Die Mieten in gutsituierten Vierteln der Städte steigen und mit ihnen wächst ein neuer Verdrängungswettbewerb der ärmeren Schichten. ... **Die Rheinpfalz, 20.2.2008**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 120321, D-10593 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Steffen Böhm (Praktikant)
Jascha Philipp Braun (Praktikant)
Jana Krause (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung

(bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 34

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P&R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches
Papier ohne optische Aufheller;
holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die
Difu-Pressestelle erbeten.

Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: www.difu.de

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Neu, bitte beachten: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro.
Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen).

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Ein Verzeichnis aller lieferbaren Publikationen finden Sie unter www.difu.de/publikationen.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

__Expl. Der große Umbruch –
Deutsche Städte und Globalisierung

Von Werner Heinz
2008. Bd 6. Ca. 330 S., ca. 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-456-4, in Vorbereitung

__Expl. Cluster in der kommunalen und regionalen
Wirtschaftspolitik

Vom Marketigbegriff zum Prozessmanagement
Hrsg. von Holger Floeting
2008. Bd. 5. Ca. 276 S., 31,- Euro
ISBN 978-3-88118-450-2, in Vorbereitung

__Expl. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf
der Kommunen

Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien
Von Michael Reidenbach u.a.
2008. Bd. 4. 468 S., 41,- Euro, ISBN 978-3-88118-454-0

__Expl. Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust
für die Gemeindekasse?

Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn-
und Gewerbegebieten
Von Michael Reidenbach u.a.
2007. Bd. 3. 232 S., 28,- Euro, ISBN 978-3-88118-432-8

__Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage
Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt
2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

Difu-Impulse

__Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippen-
platz: Was kommt auf die Kommunen zu?

Dokumentation des Brennpunkt-Seminars von Difu,
DST und AGFJ am 9.10.2007
Hrsg. von Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua
Bd. 5/2008. 74 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-455-7

__Expl. Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-
westfälischen Städten und Gemeinden

Umfrage zur „Organisation und Aufgabenwahrnehmung
Unterer Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen“
Von Claus-Peter Echter und Andrea Grimm
Bd. 3/2008. 100 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-438-0

__Expl. Gebäudeenergieeffizienz in Kommunen

Fachkongress-Dokumentation
Hrsg. von Cornelia Rösler
Bd. 1/2008. 256 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-436-6

Difu-Arbeitshilfen

__Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem
BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige
und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß
2007. 222 S., Schutzgebühr 31,- Euro
ISBN 978-3-88118-430-4

Sonderveröffentlichungen

Jahresgutachten 2007 zur Umsetzung der Zusagen
der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des
Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF)
2008. 192 S., Kostenloser Download:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=X7G3PCAZ>

__Expl. Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement –
Themen und Projekte des Förderschwerpunkts
REFINA

Difu (D. Zwicker-Schwarm, S. Bock u.a.) i.A. des BMBF
2008. 66 S., vierfarbige Abb., Printversion kostenlos;
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Cl6P45WH>

PPP und Mittelstand

Difu (Busso Grabow u.a.) im Auftrag der PPP Task Force
im BMVBS und der PPP-Task Force NRW
2008. 140 S., zahlreiche, teils farbige Abb. und Übersichten
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=L517GWKT>

Difu-Papers

__Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2008:
Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

Von Beate Hollbach-Grömig und Holger Floeting
2008. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__Expl. Schneller und einfacher gründen:
One-Stop-Shops in deutschen Kommunen

Von Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig
2008. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Zeitschriften

__Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 1/2008:
Stadt und Industriekultur
128 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,-

__Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Heft II/2007: Städtische Mobilität und soziale Ungleichheit
124 S., ISBN 978-3-88118-453-3
Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro